

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41

Donnerstag, den 18. Februar 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Die Meldungen vom Kriegsschauplatz laufen noch immer recht spärlich ein. Die „Central News“ melden aus Tientsin vom Montag: 2000 Russen besetzten heute Kutschwang. Dasselbe Blatt meldet aus Söul vom Freitag: die überlebende Besatzung der gesunkenen russischen Schiffe „Warjag“ und „Korejez“, die auf englischen, französischen und italienischen Kriegsschiffen im Hafen von Schemulpo Zuflucht gefunden hatte, wird mit Zustimmung der japanischen Regierung nach Schanghai gebracht werden und dort bleiben, bis der Krieg vorüber ist. Der „Agence Havas“ wird aus Petersburg gemeldet: Die Flottendemonstration der Japaner an der Mündung des Jaluflusses scheint den Zweck gehabt zu haben, die Aufmerksamkeit der russischen Behörden zu täuschen. Zur gleichen Zeit nämlich habe sich im Golf von Panton unter dem Schutze von Kreuzern eine große Truppenbewegung vollzogen, die auf eine Zerstörung der Eisenbahn im Hinterlande von Port Arthur gerichtet gewesen sei. Der „Star“ meldet aus Tientsin, der Statthalter Alexejew habe Port Arthur verlassen und soll sich in Mukden befinden. Der Petersburger Korrespondent des „Altonblat“ telegraphiert, daß in Port Arthur große Verunreinigungen entdeckt worden seien. Proviant und Kohlen seien nur zur Hälfte vorhanden und die Verteidigung daher äußerst gefährdet.

Ueber große Ausschreitungen gegen japanische Flüchtlinge meldet „Reuters Bureau“ aus Kutschwang: Etwa 50 Japaner, die sich auf dem Wege nach Tientsin befanden, sind in Kutschwang an der mandchurischen Bahn angehalten und nach Port Arthur gebracht worden. Ihre Frauen sind unter militärischer Bewachung hier eingetroffen. Der hiesige amerikanische Konsul Miller hat die Freilassung der letzteren erwirkt, Admiral Alexejew aber ihre Wiederinhaftnahme angeordnet. Sie sind jedoch mit allen übrigen in der Mandchurei befindlichen Japanern ebenfalls nach Port Arthur geschafft worden. Konsul Miller hat sein Verhalten auf frühere Zusicherungen gegründet, welche die russischen Behörden dem japanischen Konsul erteilt hatten, daß nämlich alle Japaner geschützt und ihnen gefattet werden solle, das Land zu verlassen, wenn sie es wünschten. Der Konsul hat ferner gegen die grausame Behandlung Einspruch erhoben, der die japanischen Flüchtlinge angeblich von russischen Soldaten ausgeübt gewesen sind. Auch gegen einen ungarischen Reisenden hatten sich russische Soldaten grobe Ausschreitungen erlaubt, und den Konsul Miller, an den er sich gewandt hatte, bedroht. Der kommandierende Offizier hat den Beteiligten sein Verhalten über den Vorfall ausgebrocht. Was die Behandlung der Flüchtlinge anlangt, so habe nunmehr der russische Ziviladministrator persönlich die Sorge für deren zweckmäßige Behandlung übernommen.

Admiral Alexejew hat allen Schiffen verboten, in die Häfen von Dantschu, Port Arthur oder von anderen Orten auf Kwantung einzufahren. Ausländer dürfen nur mit militärischen Passierscheinen reisen.

Das „Reuters Bureau“ meldet ferner noch aus Söul: Der japanische Gesandte Hayashi und der japanische Militärattachee Jitai seien am 9. Februar abends vom Kaiser von Korea in Audienz empfangen worden und hätten ihm über den eingetretenen Umschwung der Sachlage berichtet. Der Kaiser habe das offene Vorgehen der Japaner gebilligt und bestimmt erklärt, er würde seinen Staat niemals irgend einer anderen Macht anvertrauen und sich gänzlich auf Japan verlassen.

Die japanischen Kreuzer „Mitsin“ und „Rasuja“, die Japan jüngst erst von Argentinien gekauft hat, sind Dienstagmorgen wohlbehalten in Söul angekommen.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 16. Februar 1904.

34. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky.
Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in St. Louis“ fortgesetzt.

Singer (SD.): Wir werden wie bisher für die geforderte Rate stimmen. Bei aller Verschiedenheit der Ansichten war man in der Budgetkommission darüber einig, daß in St. Louis die Sezession nicht genügend berücksichtigt worden ist. Herr Dr. Spahn ist ja getreu für ihre Vertretung eingetreten, aber das bayrische Zentrum

hat 100 000 Mk. für Kunstwerke, die auch der Sezession zugute gekommen wären, abgelehnt. Herr Dr. Spahn hat gerade „die Idee“ von Liebermann gepriesen. Aber die Begeisterung der breiten Massen für die Sezession ebenso wie die Abneigung der regierenden Kreise gegen sie ist doch dadurch hervorgerufen, daß sie das Volksleben wahrheitsgemäß darstellt und auch vor der naturalistischen Wiedergabe von Not und Elend nicht zurückschreckt. In den einflussreichen Kreisen will man die Kunst auf die allegorischen Darstellungen beschränken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit Herrn Spahn bedaure ich die Aeußerung des Staatssekretärs, daß die Sezession nicht auf den Weg zur Veredelung der Kunst führe. Ich überlasse solche Urteile berufeneren Kräften; jedenfalls wird dadurch die Entsendung des Herrn Anton v. Werner erklärt und sein Auftrag, die Komposition der einseitig zusammengesetzten Jury bei der Auswahl der Gemälde für St. Louis zu beraten. — Herr Spahn wird nicht verkennen, daß es sehr schwer sein wird, seine Forderung nach Gleichberechtigung durchzuführen, nachdem man von sehr hoher Stelle die Werte der Sezession als „Kunststücken“ bezeichnet hat. (Sehr richtig! links.) Bei der Kunst gibt es kein Reglementieren und Einengen, hier muß der Fantasie und Begabung freier Spielraum gelassen werden. Es kann für eine Kunstausstellung nicht in Betracht kommen, welches Urteil ein einzelner noch so Hochgeachteter über die einzelnen Kunstrichtungen hat, sondern was in Deutschland auf dem Gebiete der Kunst geleistet wird. Wenn man auch nicht mit allem einverstanden ist, so braucht, was in der Denkschrift der Sezessionisten steht, so muß doch den deutschen Künstlern die freie Entfaltung ihrer Kräfte ermöglicht werden. Auslässe des persönlichen Regiments beeinflussen die maßgebenden Kreise der Regierung über Gebühr. Wir haben ja häufig von „meinen Künstlern“, „meinen Schauspielern“ gehört. Nach dem klassischen Ausspruch: die ganze Richtung paßt und nicht, scheint man auch hier verfahren zu sein. Schließlich hat man ja, nachdem die Sezessionisten abgelehnt hatten, sich an der Jury zu beteiligen, in der sie von vornherein in ausgiebiger Minderheit waren, einige sezessionistische Bilder aus den Galerien auswählen und nach St. Louis schicken lassen. Doch sind diese Bilder natürlich nicht verkäuflich, während doch der Zweck der Ausstellung ist, der deutschen Kunst den ausländischen Markt zu eröffnen. Die Gründung des deutschen Künstlerbundes ist ja unter dem Schutze der Weimarienschen Regierung vor sich gegangen, trotz der Reize des Herrn Kultusministers. Kreuzen hat also auch an diesem Kulturwerk keinen Anteil. Das Fazit der Diskussion kann nur sein, daß wir verlangen, daß Mittel, die das Reich zur Förderung der Kunst bewilligt, nicht in einseitiger Weise zu Gunsten einer bestimmten Richtung Verwendung finden. Es muß mit gleichem Maße gemessen werden. Wenn dabei der Einfluß gewisser Persönlichkeiten etwas eingedämmt wird, so wird das nur zum Vorteil der Kunst überhaupt sein. (Lebhafter Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Genning (R.): Auch wir sind der Ansicht, daß bei der Berücksichtigung der verschiedenen Kunstrichtungen nicht ganz korrekt verfahren ist. Daß es das Wesen der Sezession sei, das Leben des Volkes zu schildern und daß das Publikum für diese Spezialität besondere Vorliebe habe, darin irrt Herr Singer. Nicht offizielle, aber hiesige Kunst gibt es allerdings, ohne die Unterstützung der Könige und Fürsten wären die grandiosen Leistungen der Kunst nie möglich gewesen. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts. Auf links: Siegesallee.) Ich gebe zu, daß die Siegesallee unter Umständen die Kritik herausfordert, aber der Plan war doch ein großartiger. Ein großer Unfug wird mit dem Worte „Sezession“ getrieben. Die Sezession ist nicht aus künstlerischen Gründen entstanden, sondern als Protest gegen das Verfahren, das gegen bestimmte Künstler bei Zulassung von Bildern zu Kunstausstellungen eingeschlagen worden ist. Die extreme Ansicht mancher Sezessionisten, daß in der Kunst nur die Aufnahme und die Eigenart Wert, nicht der Fleiß, die Gesinnung und die Richtung muß zum künstlerischen Richthilsmas führen. Möge die Sezession dem Vorbilde Altgriechenlands folgen und alle häßlichen und deprimierenden Bilder nicht in die Öffentlichkeit gelangen lassen. Bei einem sezessionistischen Frauenporträt mußte ich an den famosen Wis im „Bladderdash“ denken: „Wandrer, steh und weine, dieses ist die Weine, ich willst, es wär die Deine.“ (Große Heiterkeit rechts.) Die Kunst muß frei sein mit der einzigen Einschränkung: „Salus rei publicae suprema lex.“ Die deutsche Kunstgenossenschaft ist gegründet, um die Einheit der deutschen Kunst zu repräsentieren, ihr gehören unsere wärmsten Sympathien. Unsere besten Wünsche begleiten die Kunstwerke, die nach St. Louis gehen. Öffentlich kaufen die Amerikaner recht viel! (Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Niemand kann dem Streit zwischen Künstlerbund und Kunstgenossenschaft fähler gegenüberstehen als ich. Ich habe in der Kommission lediglich ausgeführt, daß ich allerdings von sezessionistischen Künstlern vieles gesehen habe, was entschieden abstoßend wirkte und mindestens ebenso schlimm war wie hohle Konventionsmalerei. Andererseits habe ich betont, daß die hergebrachte Malerei auch manches von der sezessionistischen Auffassung gelernt hat. Darin, daß Manet uns gelehrt hat, die Dinge in Licht und Luft schwebend zu sehen, liegt doch wohl nicht das Wesen der Sezession; denn auch die ältere Schule strebt dahin, die Dinge nicht so zu malen, wie sie sind, sondern wie sie der Maler sieht. Der charakteristische Unterschied liegt vielmehr

darin, daß die Sezession jeder Schulmalerei, jeder bestimmten Richtung fremd ist. Unrichtig ist, daß wir die Sezession von der Beteiligung in St. Louis hätten ausschließen wollen. Früher war es Prinzip, den vorhandenen Raum auf die einzelnen Lokalgenossenschaften nach der Zahl ihrer Mitglieder, gemäßigten nach der Größe zu verteilen. Das war gewiß verfehlt. Nach meiner Auffassung muß die Güte eines Kunstwerks den Ausschlag geben. (Sehr richtig!) Man hat nun nach Berlin eine Kommission von Künstlern, Kunsthändlern, Kritikern und Kunstliebhabern zusammenberufen. Es stellte sich aber heraus, daß es nicht möglich war, ohne Mitwirkung der bestehenden großen Organisation der Kunstgenossenschaft mit ihren zahlreichen Lokalorganisationen das schwierige Werk der Besichtigung der Kunstausstellung in St. Louis zustande zu bringen. Diese wurde daher als Ausführungsorgan gewählt mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die Sezession grundsätzlich nicht ausgeschlossen sein sollte. In der Zentraljury waren die Sezessionisten und die ältere Richtung gleich verteilt. Am 25. Oktober begann der offene Konflikt. Verschiedene Lokalorganisationen lehnten die Beteiligung ab. Es wurde dann bestimmt, daß die überwiegend sezessionistischen Lokaljurys berechtigt sein sollten, 50 Prozent der auszustellenden Werke definitiv anzunehmen und nur mit einer 1/3 Majorität sollte die Zentraljury solche Werke ablehnen können. Von einer Majorität der Sezession kann also keine Rede sein. Warum wollten sich nun die sezessionistischen Maler nicht dem Urteil der Zentraljury unterwerfen? Graf Stehler betont in einer Broschüre, daß man von der Kunstgenossenschaft keine Entscheidung nach dem Talent erwarten könne. Was aber Kunst ist und was infolge dessen berechtigt ist, ausgestellt zu werden, das ist ja gerade die quaestio facti. Gewiß muß der Kampf zwischen Sezession und älterer Richtung auf seinem Schlachtfelde ausgefochten werden, aber die Ausstellung in St. Louis war dazu nicht der geeignete Ort. Herr Singer ist ja für die Sezession eingetreten. Diese steht aber keineswegs etwa auf dem Standpunkt seiner Partei, sie vertritt vielmehr einen extrem individualistischen Standpunkt. In St. Louis war der Sezession ja Gelegenheit gegeben, ihre Eigenart zu zeigen und ihre Talente an den Talenten der anderen Richtung zu messen. Deutschland mußte nach außen hin einheitlich aufzutreten. Wenn man aber bestimmte Säle nur einer bestimmten Kunstrichtung eingeräumt hätte, würde seine äußerliche Spaltung in die Erscheinung getreten sein. Allerdings herrschen auch unter den verbündeten Regierungen über die Frage recht verschiedene Auffassungen. Darin aber sind sie einig, daß im letzten Augenblick eine Aenderung nicht mehr vorgenommen werden kann. Die Regierung hat die Sezession nicht ausgeschlossen, die Sezession hat sich selber ausgeschlossen.

Graf Priola (R.): Die Rede des Staatssekretärs hat mich nicht befriedigt. Bei der Beteiligung der deutschen Kunst in St. Louis sind Dinge vorgekommen, die durchaus zu mißbilligen sind. Wenn ich in gewissem Sinne für die Sezession eintrat, so tue ich es aus Gerechtigkeitsgefühl. Die Elendsmalerei erregt bei mir keine besondere Freude, und auch die Arbeiter würden sich solche Elendsbilder kaum ins Zimmer hängen. Manche moderne Bilder vertragen auch nur eine zügellose Originalitätssucht und wollen nur durch die Frechheit ihrer Technik imponieren. Andererseits aber hat die moderne Bewegung in der Kunst auch hervorragendes geleistet. Das Parlament kann in Kunstfragen nicht entscheiden. Ueberhaupt kann Niemand und stände er noch so hoch der Kunst gebieten, bestimmte Wege zu wählen. (Lebh. Zustimmung links.) Freilich eine Ausnahme muß ich machen. Wo die Kunst nur effer Sinneslust dient, muß ihr auch die Regierung entgegengetreten. (Stürm. Widerspruch links. Auf: lex Heinge!) Und auch wo die Kunst dahin strebt, die Autorität zu untergraben (Laute Unterbrechungen b. d. Soz.) wo sie dem Volke die Freude am Idealen rauben will, da darf die Regierung nicht fördernd eingreifen. (Erneute Unterbrechungen links.) So gut wie ich für die Freiheit der Wissenschaft bin, so gut bin ich auch für die Freiheit der Kunst. (Lautes Gelächter b. d. Soz.) Aber ich bin für eine freie Kunst, nicht für eine freie Kunst, Herr Singer! (Erneutes Gelächter b. d. Soz.) Die Kunst soll sich frei entwickeln ohne Bevormundung von Behörden und Akademiedirektoren. Die Regierung aber unterstützt einseitig die ältere Kunst. Als Herr Gump auf Veranlassung unseres Konsuls in Chicago eine Liste hervorragender deutscher Kunstwerke, die sich zu einer Ausstellung in Amerika eigneten, aufgestellt und auch einige Sezessionisten berücksichtigt hatte, teilte ihm das auswärtige Amt, nach anderer Besart der preussische Kultusminister mit, diese Leute müßten gestrichen werden, die pakten nicht! (Lebh. Auf: Hört! hört!) Bedauerlich in längeren Ausführungen den Nachweis, daß die Reichsregierung von ihrer ursprünglichen, in Uebereinstimmung mit den Einzelregierungen liegenden objektiven Haltung abgewichen und durch den Widerspruch der Kunstgenossenschaft mit Herrn v. Werner an der Spitze gezwungen worden sei, die ältere Richtung in St. Louis besonders zu begünstigen. Dabei hat die Wernerische Kunstgenossenschaft auf der Pariser Ausstellung sich als ganz unfähig erwiesen. In Paris sind aus den Verkäufen von Kunstwerten 28 831 Mk. erzielt worden, die Kunstgenossenschaft allein hat aber 136 000 Mark für Kosten ausgegeben. Die sezessionistischen Gruppen haben eine Beteiligung in St. Louis abgelehnt, weil sie kein Vertrauen hatten, daß auf einer von der Kunstgenossenschaft geleiteten Ausstellung die moderne Richtung zu ihrem Rechte kommen würde. (Sehr richtig! links.) Die Wappweber Künstler, die für Paris ganz abgegangen wurden, sind erst im letzten Augenblick, als die Sezessionisten abgelehnt hatten, heran-

gezogen worden. Nach dem Grundriss der Kunstgenossenschaft wären aber in St. Louis nur 1,11 Meter Raum auf uns gefallen. (Große Heiterkeit.) In St. Louis werden wir nur eine Nase alter Bilder haben, nur grade die in Amerika verkauften Bilder der modernen Maler werden fehlen. Weshalb hat der sonst so höfliche Reichskanzler den Vorsitzenden des Künstlerbundes nicht empfangen? (Sehr richtig! links.) Jetzt wird nichts mehr zu machen sein. Sollte aber die Regierung auch künftig nur eine Richtung begünstigen, so werde ich künftig den Besuch des Reichs für die Beteiligung deutscher Kunst an ausländischen Ausstellungen ablehnen. (Sehr gut! links.) An der neuen Kunst hängen auch die neuen kunstgewerblichen Bestrebungen in der Möbelindustrie, der Edelsteinverarbeitung u. Es handelt sich also um eine Lebensfrage des deutschen Volks. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Geheimrat Richter verteidigt die deutsche Kunstausstellung in Paris im Jahre 1900.

Dr. Müller-Meinungen (Zp.): Welchen Umfassung in den Kunstausstellungen innerhalb weniger Jahre zeigt die Rede Dr. Spahn's! Diese Reichstagsdebatte ist eine imposante Kundgebung für die Freiheit der Kunst. (Sehr richtig! links.) Der arme Graf Posadowsky (Heiterkeit) scheint wieder einmal nur den Prügeln abzugeben.

Vizepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Ich möchte Sie bitten, den Ausbruch Prügeln nicht zu gebrauchen. (Große Heiterkeit.)

Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Vielleicht darf ich dann sagen, daß auch in diesem Falle wieder Graf Posadowsky das Opferlamm geworden ist. (Große Heiterkeit.) Auf der vom Reichskanzler zum 1. April v. J. einberufenen Konferenz legte der Reichskommissar Lewald auseinander, man beabsichtige eine gewisse Revolutionierung. (Hört! hört! links.) Nähere Erwägungen haben nach dem Grafen Posadowsky die Regierung von diesem Vorhaben abgebracht, aber am 19. August 1903 überbrachte Anton v. Werner von allerhöchster Stelle den bestimmten Befehl, den Beschluß der verhandelten Regierungen aufzuheben. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Alle Angaben des Staatssekretärs über die Vertretung der Sezession in der Zentral-Jury waren falsch. Das ganze Vorgehen ist ebenso für unsere Politik wie für unsere Kultur symptomatisch. Unser cancellarius elegantissimus et amabilis (Stürmische Heiterkeit) lehnt es ab, den Vorsitzenden des Künstlerbundes, den Grafen Kallreuth, zu empfangen. Graf Posadowsky verweist ihn an Anton von Werner, den Urheber der ganzen Schwierigkeiten. Das alles ist ein Zeichen der antidemokratischen Kabinettpolitik und der autoritären Neigungen in Berlin. (Sehr richtig! links.) Da entsteht nicht Reichsverdrossenheit, die giebt's überhaupt nur noch in den allerjüngsten Gegenden — (Heiterkeit links. Oh! im Zenit.) Ich meine „Schwarz“ ja nur in Bezug auf die Intelligenz — (Stürmische Heiterkeit) sondern eine Verdrossenheit über die absolutistischen Neigungen. Noch nie hat eine Rede aus höchsten Munde so viel Widerspruch hervorgerufen, wie die: „Eine Kunst, die sich über die von mir gezogenen Grenzen hinwegsetzt, ist keine Kunst“. Hier müssen wir energisch vorgehen, wenn wir nicht den Eindruck bloßer Schwammplägerei heroorrufen wollen. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Wollen Sie Thoma, Tschil, Klünger, Zund (Lachen im Zentrum) — Sind bleibt doch ein großer Künstler! Sie (zum Zentrum) dürfen nicht lachen, wenn Sie nicht als größte Kunstbananen gelten wollen (Heiterkeit), außerhalb des Hauses natürlich. (Heiterkeit.) Erst die moderne Kunst hat uns lehren gelernt. In Preußen aber ist man auf dem Wege zu einer Gottähnlichkeit, für die das Wort gelten soll: „Sie volo, sic jubeo“! (So will ich's, so befehle ich's.) Hoffranger und byzantinische Schmeichler verjammern es, auf die Gefahr einer solchen Kabinettskunst hinzuweisen. (Sehr richtig! links.) Diese Hoffranger hat bisher nur Mäherfolge gesehnt. Wir haben ja die Monumente in der Nähe. (Heiterkeit.) Bienen ist der Matmorheimbruch vor dem Brandenburger Tor (Große Heiterkeit) überhaupt künstlerisch undankbar. Es tut einem in der Seele weh, zu sehen, wie hier Kaiser Friedrich in hoher Dekorationsmanier dargestellt ist. Die Kunstausstellung in St. Louis hätte die erste Gelegenheit geboten, den Amerikanern unsere junge deutsche Kunst zu zeigen. (Sehr richtig! links.) Ueber unsere Kunstblamage freuen sich die Engländer, Franzosen und Belgier schon jetzt wie die Schnitzlinge. (Heiterkeit.) Ich bedaure die Regierungsvertreter, die solche Kunstausstellungen vor dem Hause verurteilen müssen. Ueber die Kunst kann kein Einzelner entscheiden, und wäre er noch so hoch gestellt. In der Kunst ist am allerungünstigsten Platz für Unheilbarkeit. Die Kultur- und Kunstgeschichte hat gezeigt, daß die Kunst selbst über Könige und Kaiser, die sie treffen wollten, zur Tagesordnung übergeht. (Leb. Beifall! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Eine Kunstpolitik habe ich überhaupt hier nicht zu vertreten. Kunstangelegenheiten gehören nicht zur Zuständigkeit der verhandelten Regierungen. Ich bekräftige nochmals, daß die Sezession durch die Regierung verhandelt worden wäre, sich in St. Louis zu beteiligen. Aber eigene Räume und eigene Jung konnten wir ihr nicht geben. Dem Monarchen wird man seine eigene Meinung auch in künstlerischen Dingen nicht verwehren dürfen. Eine künstlerisch bedeutende Art einer solchen Veranlassung ist in keiner Weise erfolgt.

v. Kardorff (Zp.): Das Vorgehen der Regierung ist von den Parteien aller Richtungen mit Recht aufs äußerste bedauert worden. Die Erwägungen, die sich möglich bei der Regierung einstellen, werden wohl eine höhere Macht gewesen sein. Uns Tages lud mich Herr Spahn ein, eines von ihm geliehenen Zeitalter zu beschreiben. Jetzt darf ein prächtiger Galeriedirektor eine Leinwand mit Unterlandhaftigkeit nicht kaufen, weil er auch zur Sezession gehört. (Hört, hört! und Heiterkeit links.) Der prächtige Graf hat sich auch auf das Reich über. Auch keine Denkmäler haben, wie schon Herr Kallreuth gesagt hat, manchmal recht unheimliche Konsequenzen. (Sehr richtig! bei den Rechten.) Die Budgetkommission ist falsch unterrichtet worden; man hätte ihr gesagt, daß auch die Sezession der Regierung zugestimmt hätte. In Deutschland, das doch ein überaus reiches Bundesland ist, kann der General nicht einreden nicht so maßgebend sein, selbst der gemeine Arbeiter der große feine Schafwolle von unter dem Bett. Wenn ich die Leistungen der herrschenden Kunst in Berlin betrachte, habe ich doch ein etwas ängstliches Gefühl. (Große Heiterkeit links.) Der Segenswunsch des zum Abend hinüber, ja, ich weiß nicht — (Einzellige Heiterkeit.) Herr Spahn kann ich weder geben, daß die Kunst noch Geld sein, noch daß sie nicht unbedeutend ist, sondern ein Werk. Im Gegenteil: Sie darf nicht nur die Kunst des großen Hauses, noch um die der Mächtigen der Erde stehen. Die großen Häuser und Monarchen haben gelitten und kompromittiert, wie es in ihrem Herzen liegt: sie müssen so liegen, so kompromittiert. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß es dem Deutschen Reich nie an Geldern fehlen wird, welche ihm durch seine eigenen Taten allein beschaffen lassen, ebenbürtig, wie an Soldaten.

Wünschen wir, daß es in der Politik und Kunst so gehen möge, dann wird es Deutschland gut gehen. Druck erzeugt Gegendruck, und durch ihre Ausschließung von St. Louis wird die Sezession nur noch zu kräftigerem Schaffen veranlaßt werden. (Allseitiger, lebhafter Beifall.)

Dove (Zp.): Auf der Seite des Künstlerbundes stehen alle, die etwas können, auf der andern Seite war die Mittelmäßigkeit. Tendenzmalerie ist auf beiden Seiten vorhanden, doch finde ich mehr künstlerischen Sinn bei den Malern die die Autorität untergraben sollen, als bei denen, die sie zu stützen suchen. — In der Kunst bin ich Aristokrat. Aber die Kunstgenossenschaft ist auch nicht etwa demokratisch, wie Graf Posadowsky meinte, sondern es herrscht dort der Cäsarismus, der sich ein demokratisches Mantelchen umgehängt hat. (Bravo! links.)

Rirsch (Zp.): Wir sind keine Freunde der Sezession, sondern treten aus Gerechtigkeitsgefühl für sie ein. Die Ausführungen des Redner bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverstanden.

Dr. Südekum (Zp.): Die Uebereinstimmung, welche bei allen Parteien herrscht, bezieht sich lediglich auf die Mißbilligung der Handlungsweise der Regierung. Sonst bestehen recht viele Unterschiede. Graf Oriola forderte auch die Freiheit der Kunst, wollte aber die Freiheit der Technik, der Tendenz und des Objekts beschränkt wissen. Das erinnert an die berühmte Freibeit mit dem Galgen daneben. — Die Ausstellung der deutschen Kunst auf der Weltausstellung in Paris war eine Blamage. Das hat Otto Edmann, ein preussischer Professor und trotzdem ein genialer Mensch (Gr. Heiterkeit), der in Paris selbst deforziert wurde, ebenfalls anerkannt. Die Ausstellung der Sezession in St. Louis soll Anton von Werner vereitelt haben. Herr von Berner ist doch aber nur der Donnerkeil, der aus den Händen des Zeus geschleudert wird. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Darin liegt die allgemeine Bedeutung des Vorganges. In dieser Behandlung der einen Richtung der Künstler zeigt sich der Mangel an Respekt vor geistigen Schöpfungen. Es giebt bei uns gewisse Leute, die ein förmliches Verlangen danach tragen, durch laienhafte Urteile sich zu blamieren. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Es gibt byzantinische Künstler und solche, die es nicht sind und dafür bekräftigt werden sollen. Dabei kommt es den selbstherrlichen Gelehrten garricht darauf an, die Regierungen der Einzelstaaten vor den Kopf zu stoßen. Wenn Graf Posadowsky die Kunstgenossenschaft als besonders demokratisch verteidigt hat, so sage ich: wir danken für eine Kunstrepublik mit Wilhelm II. an der Spitze. (Lebhaftes Bravo! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Helldorf: Sie haben kein Recht, die Person Sr. Majestät des Kaisers hier in die Debatte zu ziehen, da es sich nicht um amtlich bestätigte Kundgebungen Sr. Majestät handelt.

Dr. Südekum (fortfahrend): [Dann will ich sagen: Wir danken für eine Kunstrepublik mit Anton von Werner an der Spitze. (Große Heiterkeit und leb. Bravo! links.)

Weimariischer Bevollmächtigter Geh. Rat Dr. Paulsen erklärt, daß der Besuch des preussischen Kultusministers am weimariischen Hof mit Fragen der Kunst nichts zu tun habe.

Ministerialdirektor Dr. Richter: Das Urteil des verstorbenen Herrn Otto Edmann, gegen den ich nichts sagen will, entspricht persönlicher Zustimmung. Ich werde zahlreiche französische Stimmen, die sich sehr lobend über das Ergebnis der deutschen Kunstausstellung in Paris ausgesprochen haben, in der Uebersetzung demnächst dem Hause zugänglich machen.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bekräftigt.

Dr. Spahn (Zp.) seine Meinung über Kunstfragen geändert zu haben.

Die Titel werden hierauf bewilligt. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (3. Lesung der Novelle zur Reichsschuldenordnung; Rest des Staats des Reichsamt des Innern; Postetat; Etat des Reichseisenbahnwesens.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Stundenblätter.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Schwesig-Schmalzden erhielt Hugo (SD) 1824, von Gröben (RP) 3525, Rerten (Zp) 4033, Raab (Unif.) 4550 Stimmen. Es muß also eine Stichwahl zwischen unsern Genossen Hugo und Raab stattfinden. — Die freisinnige Volkspartei hat sich nicht lange des Besizes dieses Wahlkreises zu erfreuen gehabt, den sie in der Stichwahl am 25. Juni v. J. mit reichsparteilicher und antisemitischer Hilfe erobert hat. Bei der Hauptwahl am 16. Juni hatte sich das Stimmenverhältnis wie folgt gestaltet: Reichspartei 3812, freisinnige Volkspartei 4516, Sozialdemokraten 6455, Antisemiten 3309. In der Stichwahl legte der freisinnige Kandidat dann mit 10 348 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 7039 erhielt.

Wenn bei der jetzt erforderlichen Stichwahl die freisinnigen Wähler ihre Schuldigkeit tun und Rana für Rana für den sozialdemokratischen Kandidaten einsetzen, so wäre es ein Leichtes, den Vertreter der Reaktion, als welcher sich Raab immer im Reichstage bei jeder Gelegenheit bekannt hat, zu schlagen. Werden sich aber die Freisinnigen zu einem solchen Entschlusse anstellen? Der Kreis Schwesig-Schmalzden ist übrigens infolge eines äußerst interessanter Wahlkreis, als in ihm die verschiedenen Parteien ausserordentlich stark vertreten sind, weshalb er auch schon die verschiedensten Abgeordneten in den Reichstag entsandt hat und geradezu als erbschaftsbereich bezeichnet werden kann. Der Wahlkreis war zuletzt durch einen Freisinnigen vertreten. Diefem ging ein Reichsparteiler voran, — ein Antisemite verdrängt hat. Der Antisemite (Zp) löste einen Freisinnigen ab, und dieser ging wieder ein Reichsparteiler voran. Auch die liberale Sozialdemokratie hatte einmal (1881) im Kampfe gegen den Konservativen der wechselfarbenen Wahlkreis erobert, nachdem er vor 1867 bis 1881 nationalliberales Stammesgebiet war. Es dürfte wohl angebracht sein, dieses Gebiet unter den Wahlkreisen einmal mit einer besonderen Farbe zu versehen. Hoffen wir, daß es die rote Farbe sein wird.

Neue Millionen für Gesandte! In der Budgetkommission des Reichstages hat Dienstag der Kriegsminister v. Einem auf eine Anfrage die Erklärung abgegeben, es sei notwendig, allmählich Rohrrücklaufgeschütze mit Schutzschildern auszurüsten. In den Staatsrechnungen habe man ein Gehalt festgestellt, das ein Kompromiß zwischen dem System Ehrhardt's Krupp darstelle. Dasselbe soll

im Frühjahr d. J. dem Kaiser als Modellgeschütz vorgeführt werden. — Die Erklärung des Herrn v. Einem bringt allerdings keine allzu große Ueberraschung, da schon seit längerer Zeit von solchen Plänen die Rede war; die letzten und zaghaftesten Dementis konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einführung der neuen Geschütze mit Eisen erwogen wurde. Die Befähigung von offizieller Stelle aus wird trotzdem Anlaß zu bitteren Betrachtungen geben — bald werden auch die Millionenforderungen da sein. Der unerfüllte Militarismus kennt kein „Genug“.

Die Parade der Besiegten. Vor Jahresfrist, als der Bund der Landwirte sein 10 jähriges Bestehen feierte und sich zur großen Ernte seiner Arbeit rüstete, fiel im Zirkus Busch das präherliche Wort: der Bund der Landwirte sei die größte politische Macht im Deutschen Reich. Noch beschwimmt und dampfend von seinem größten Erfolge, der Niedertrampelpung der Geschäftsordnung des Reichstages, stellte sich der bündlerische Gewaltthäter an, als rüste er sich zum Sturm auf den modernen Industriestaat und als hätte er bei diesem Unternehmen die Mehrheit des ganzen deutschen Volkes hinter sich. Dann kamen die Reichstagswahlen, und schon bei der Wahlkampagne ward es offenbar, daß sich die bürgerlichen Parteien höchst überflüssiger Weise von den Bündlern hatten ins Bodhorn jagen lassen. Die große Krasprobe, auf die die Wählerarbeit eines Jahrzehnts zugeschnitten war, verlagte kluglich; der Aufmarsch der Bündler brach fast schon vor der Schlacht zusammen, und nach den Wahlen bedeckten die reißigen Leichen der Bundesobersten das Blachfeld. Ein jämmerlicheres Fiasko großmäuliger Ohnmacht war lange nicht erlebt worden. Nun gibt der Ausfall der Wahlen allein noch kein absolut sicheres Bild von der tatsächlichen Stärke einer jungen Bewegung. Die agrarische Gefahr besteht im neuen Reichstage in ungeschwächter Stärke weiter, und nur die rabiaten Agrarier sind auf der Wählerliste geblieben. Die wirkliche Gefahr besteht überhaupt viel weniger in den extremen agrarischen Forderungen, die schon durch die tatsächliche Höhe der Entlohnung Deutschlands zum Industriestaat abgeknitten sind, als in dem „gemäßigten“ Agrarertum der mittleren Linie, das sich mit den Interessen der Schwerindustrie zu gemeinsamer Auspowerung der Massen kartelliert hat. Immerhin konnte man neugierig sein, wie nach dem Misserfolg der Wahlen die Bundesparade ausfallen würde, und es scheint in der That, daß die Prägung der Wahlkampagne auf die Herrschaften erzieherisch gewirkt haben. Die Köpfe und Diederich Hahn traten Montag im Zirkus Busch recht kleintun auf. Sie begnügten sich, die agrarische Waage abzuleiern, ab und zu einen Minister anzupfeifen, und was dergleichen herbe Späße mehr zum agrarischen Viehsalz gehören, — allein, im großen Ganzen war man weit zahmer als in früheren Jahren, wo man die Sterne vom Himmel schlagen wollte und die Regierung als eine Idiotenbande verhöhnt hatte. Verglichen mit der epheptischen Oratorik der ersten Bundesparaden verließ die jetzige Bundesversammlung fast idyllisch; und als „größte politische Macht“ im deutschen Reich wurde am Montag nicht, wie im Vorjahr, der Bund der Landwirte, sondern — die Macht der Börse angesprochen. Sachlich verließ die Versammlung ganz inhaltslos. Es war nur der Ton, der die Musik machte, und dieser Ton klang resigniert, gedämpft. Die Bundesherrlichkeit wird wohl am längsten gedauert haben, womit freilich die wirklich agrarische Gefahr nicht beseitigt ist. Im Gegenteile haben diese Deperados der agrarischen Bewegung nur geschadet; wenn sie nun auch pflaumentweich werden, kann die agrarische Deute bald unter Dach kommen.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte Dienstag die Beratung des Militäretats fort und erledigte das Kapitel „Reisekosten und Tagelöhler“ unter Annahme einer Resolution Arenberg (Zp.), den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß denjenigen Offizieren, die zum Besuche eines bei den Truppen schwer erkrankten Sohnes in den Garnisonort desselben reisen, im Falle der Bedürftigkeit eine entsprechende Reisekostenvergütung oder Ermäßigung gewährt werde. Weiter wurde unter Hinweis auf den Besuch des Zaren in Wiesbaden bemängelt, daß die Truppen viel zu sehr für die Zwecke der Spalierbildung und sogar von auswärts (Berlin und Paderborn) herangezogen werden. Ferner beantwortete der Kriegsminister eine Anfrage in Bezug auf die Rohrrücklaufgeschütze, worüber wir an anderer Stelle ausführlich berichteten. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, nach der die Geresverwaltung angehalten werden solle, die Lohnsätze ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen auf gleicher Höhe mit den in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezahlten Lohnsätzen zu halten.

In der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurden am Dienstag die Vorschläge über die für gültig erklärten Wahlen der Abg. Graf v. Ballestrem und v. Winter (RP) und über die beantragte Wahl des Abg. v. Brodhagen (4. Posten) beraten, gegen die ein Protest von sozialdemokratischer Seite eingegangen ist. Es wurde beschlossen, über eine Reihe von Protestbehauptungen Beweis zu erheben, namentlich darüber, ob vom Landrat des Kreises Belgard unzulässige Wahlbeeinflussung geübt worden ist. Die Verhandlung wurde nicht zu Ende geführt.

Ärzte und Krankenkassen. Die von der sächsischen Regierung eingeleiteten Friedensverhandlungen zwischen den Ärzten und der Ortskrankenkasse in Leipzig sind, nachdem die Erklärungsfrist beider Parteien Montag abend 6 Uhr abgelaufen war, endgültig gescheitert. Sämtliche Kassenärzte stellen zum Quartalschluß ihre Tätigkeit ein. — In Magdeburg nahm Sonntag Mittag eine von über 600 Personen besetzte Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, soweit sie Mitglieder der Ortskrankenkassen sind, zum Ärgernisse Stellung. Der Referent, unser Genosse Stadt. Brandes, teilte mit, daß sich die Verhandlungen mit den Ärzten zerfallen hätten, da diese die Entlassung des Rentanten Wendland fordern. Wendland soll in einem Vortrage am 5. Juli den Ärzten egoistische Handlungsweise, oberflächliche Behandlung mancher Kranken u. vorgeworfen haben, wodurch sich die Ärzte beleidigt fühlen. Eine von Seite des Magistrats versuchte Einigung scheiterte am dem Willen der Vertrauenskommission der Ärzte. Sämtliche Arbeitgeber erklärten sich mit dem Vorstande gegen die Ärzte solidarisch und geben

den Kranken, die von den Ärzten nur als „Private“ behandelt werden, Barvorschüsse. Die Kasse selbst hat die Kriegserlöste begonnen. Sie hat ca. 40 Ärzte von den 120 Freilassen herausgesucht und empfiehlt den Mitgliedern, nur diese zu konsultieren. Daraufhin ließen die Ärzte erklären: Wenn die Kasse diese Regressmaßregel nicht bis Dienstag rückgängig mache, werde man die Kampfsache (d. h. die dreifach erhöhte Gebührentaxe) proklamieren. Trotzdem bleibt die Kasse bei ihrer Anordnung stehen. Die Versammlung, der auch Vertreter der Regierung und des Magistrats bewohnten, billigte vollinhaltlich die Maßnahmen des Vorstandes. Der Magistratsvertreter, Stadtrat Bübke, gab indertret keine Zustimmung zu erkennen. In einer Resolution verpflichteten sich Arbeitgeber und Mitglieder, streng auf die Durchführung der Kampfmaßnahmen zu achten. Man erklärte, daß die Forderung der Ärzte betr. des Nebentages schon deshalb unerfüllbar sei, weil der mit Wendland abgeschlossene Vertrag eine Entlassung ausschließt, bevor nicht eine zweimalige Verwarnung an ihn ergangen wäre. Da aber Wendland den Vortrag außerordentlich gehalten, die Ärzte sich auch geweigert haben, die Beleidigungen Wendlands gerichtlich feststellen zu lassen, könne der Vorstand dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Auch diesem stimmte die Versammlung einstimmig zu. — Eine Majestätsprotestversammlung von Passen vorständen und Verwaltungen am Montag im Berliner Gewerkschaftshaus statt, um gegen die Äußerungen des freisinnigen Abgeordneten Dr. Mugdan im Reichstag über die Kassenverwaltungen zu protestieren. Bezogen waren 52 Orts-, 14 Bezirks-, 19 Zunft- und 40 freie Hilfskassen. Nach einem Referat des Kassenvorstandes Bauer und einer lebhaften Debatte, in welcher sich sämtliche Redner — darunter auch ein Arbeitgebervertreter und ein Arzt — gegen die Mugdang'schen Äußerungen erklärten, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die einzelnen Behauptungen Dr. Mugdang's widerlegt werden; namentlich seine Äußerung, die Vorstandsmitglieder seien teils von parteipolitischen Beweggründen beherrscht, teils zu ungebildet, um die Selbstverwaltung ausüben zu können, zeuge von völliger Verkennung der Tatsachen. Die sehr umfangreiche Resolution schließt mit den Worten: Die Versammlung wehren jeden Versuch vor sich ab, die Krankenkassen zu Tummelplätzen der Politik zu machen und werden es niemals dulden, daß der Feinde, der bisher zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Kassen bestand, von anderer Seite gefährdet wird.

Vom Aufstande der Sereros. Oberst Leutwein meldet unter dem 16. Februar folgendes: Am 16. und 19. Januar hatte die Kompagnie in Dutsjo Geschehens fähig und östlich des Platzes. Der Feind wurde zurückschlagen. Derwundet ist Hauptmann Kliefel und Feldwebel Stages. Als ermordet werden gemeldet: die Anführer Karl Behre aus Gulin, Peters von der Farm Petersdorf, Franz Böttcher aus Hamburg, Schwarz von der Farm Sawannes, ferner Paul Soy, früherer Eisenbahnerunteroffizier. Seine Frau ist gekollert. Dutsjo ist nicht direkt bedroht. Sobabis ist infolge Rückzugs des Feindes frei. Nach Dutsjo ist die geplante Expedition im Gange. Die nach Sobabis abgesetzte Expedition setzt ihren Marsch horthin behufs Säuberung des ganzen Distrikts fort. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ wird noch aus Oshandja gemeldet: Die Kompagnie Fischer hatte am 14. d. Mts., abends, zwischen Sees und Windhut auf dem Wege nach Sobabis ein Vorpostenlager zu bestehen. Verluste auf unserer Seite: 100 Gefallene, 100 Verwundete: Gefreiter Arndt. Die Toten wurden an der sog. schwarzen Klippe begraben. — Der irrtümlich festgesetzte Kolonialberichterstatter der „Köln. Bzg.“, Möllendorf, sandte an seine Bekannte ein Telegramm aus Dutsjo vom 3. Februar, aus dem hervorgeht, daß er bei seiner Ankunft daselbst am 14. Januar durch den Haxero-Aufstand überrascht worden sei, jedoch Unterkunft auf einer von Flüchtlingen besetzten Station gefunden habe. Nachdem sein Telegramm die von Oberst Leutwein bereits gemeldeten Ermordungen bestätigt hat, fährt es fort: „Einige Belagerer brechen morgen mit der Post durch nach Swakopmund durch die Rarck-Wüste. Wir warten auf Entschluß, da der Transport der Kaschabkompagnie fällig ist. Die Ausgebühten verbleiben noch auf der Station. Oshandja und Westfontein werden geräumt, damit alle Streitkräfte hier verfügbar sind. Wir haben über 120 Mann. Bestrebend ist, daß jahrelang hier lebende Missionare so wenig Kenntnis von den Eingeborenen halten.“ Schlußwort heißt es: „Der Großfonteinbezirk ist schwer betroffen, die schönsten Ernteaussichten sind vernichtet.“

Kleine politische Nachrichten. Das Reichsgericht verwarf Dienstag die Revision des Grafen Walter Büdler-Kl. Tschirne, der am 6. Oktober 1903 vom Landgericht II in Berlin wegen Beleidigung der jüdischen Ginnohner Wlogaus, begangen durch eine in Berlin gehaltene Rede, zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Auch die Revision der Nebenkläger wurde verworfen. — General Menetrez, Direktor des Infanteriewesens im französischen Kriegsministerium, wurde seines Postens enthoben, weil er ohne Genehmigung des Kriegsministers eine Beförderungsliste in einem Blatte veröffentlicht hatte. — Senator Mark Hanna, einer der einflussreichsten republikanischen Politiker in den Ver. Staaten, bekannt als der „Präsidentenmacher“, ist Montag gestorben.

Rußland.
Politische Verhaftungen in Warschau. Nach Wiener Meldungen wurden in Warschau zahlreiche Frauen verhaftet, eine sogar während eines Balles aristokratischer Damen im Rathaus. Man vermutet, daß politische Motive den Verhaftungen zugrunde liegen.

Frankreich.
Auf dem Parteitage der Jauresisten, der seit Sonntag in St. Etienne tagt, ist es, der „Frankf. Bzg.“ zufolge, zu einem ersten Konflikt gekommen. Die Föderation des Seine-Departements, die bereits Millerand ausgeschlossen hatte, beantragte Änderungen der Parteistatuten, wodurch die sozialistische Kammerfraktion, die bisher vollständig unabhängig war, dem Zentralkomitee der Partei unterworfen werden soll. Die Deputierten Monnet, Briand und Jaures befürworteten eindringlich die Beibehaltung der alten Statuten, der Parteitag beschloß aber Montag mit

124 gegen 51 Stimmen, die Statuten zu ändern. Die Kommission, die diese Änderungen formulieren soll, ist gegen die Parlamentarier.

Türkei.
Man freue sich nicht! Infolge einer Audienz des russischen Botschafters Sinowjew beim Sultan am Freitag wurde ein Traktat veröffentlicht, das den Muslimen verbietet, ihre Genugtuung über die russische Niederlage in Ostasien auszudrücken.

Über und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 17. Februar.
Geld muß her! Von diesem Grundsatz hat sich anscheinend die Kommission zur Prüfung der Finanzlage unferes Staates bei ihren neuen Steuervorschlägen leiten lassen. Was kümmerte sie der Umstand, daß man bei der Einführung der Stadtfahrsteuer eine Verwendung für allgemeine Zwecke ausdrücklich ausgeschlossen sehen wollte! Was kümmerte sie der allerdings bereits aus dem Jahre 1881 stammende, dennoch aber heute noch zutreffende Satz- und Bürgerschluß, nach welchem an Schlachthofgebühren nicht mehr erhoben werden soll, als zur Deckung der Betriebskosten und zur Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals erforderlich sein werde! Was kümmerte sie weiter, daß die kleinen Gewerbetreibenden heute schon durch die Abgaben schwer belastet werden! Das alles kam bei den Erwägungen der Kommission nicht in Betracht. Die Hauptsache war ihr, mehr Geld für den Steuerfiskus aufzutreiben und hierbei diejenigen, die da haben, möglichst zu verschonen. Wie könnte man sich sonst den Umstand erklären, daß sie von einer Besteuerung der Reitpferde und von Luxushöfen abgesehen hat und zwar nicht etwa aus Begehrtheit — so etwas kommt bei einer gemeinsamen Kommission, der außer 2 juristischen und 4 kaufmännischen Senatsmitgliedern, 3 Doktoren, 4 Kaufleute, 1 Bankdirektor, 1 Apotheker und 1 Malermeister angehört, natürlich nicht vor — sondern aus „wohlerwogenen“ Gründen.

Diese „wohlerwogenen“ Gründe gipfeln darin, daß man sich von einer Besteuerung der Reitpferde zunächst nur einen sehr geringen Ertrag verspricht und außerdem befürchtet, daß durch eine derartige Steuer leicht unberechenbare Anforderungen an die Herstellung von Reitwegen hervorgerufen werden könnten. Die beiden Gründe sind nach unserer Meinung absolut nicht stichhaltig. Was zunächst den sehr geringen Ertrag anlangt, so scheint es uns außer allem Zweifel zu stehen, daß man bei einer natürlich nicht sehr niedrigen, dennoch aber für die davon Betroffenen kaum ins Gewicht fallenden Steuer sehr leicht eine Einnahme von mindestens 1500 Mark erzielt hätte. Erhielt der gemeinsame Kommission eine solche Einnahme aus den Reitpferden zu gering, so dürfte sie unter keinen Umständen ihre Hand dazu bieten, daß um „lumpiger“ 1600 Mark Mehrertrag willen die Gebühr für die Ausstellung der Bescheinigung über die Anmeldung eines stehenden Gewerbebetriebes von 1,50 Mark auf 5 Mark erhöht werden, daß ferner, um einen Mehrertrag von 1400 Mark zu erzielen, die Gebühr für die Ausstellung von Wandergewerbebescheinigungen, Ausdehnung von solchen auf das hiesige Staatsgebiet und Eintragung der Erlaubnis zum Mitführen anderer Personen beim Gewerbebetrieb im Umherziehen, eine Erhöhung von 2 auf 5 Mark erfahren und daß schließlich durch eine gleiche Heraushebung der Gebühr für die Ausstellung von Gewerbelegitimationsskarten eine Mehreinnahme von 2400 Mark erreicht werden soll. Hier aber trug man keine Bedenken, daß der Ertrag zu gering sei, sondern nahm selbst 1400 Mark Mehrertrag gerne, und zwar von Leuten, die sich ihr Brot zum nicht geringen Teil saurer verdienen müssen, wie die Besitzer oder Mieter von Reitpferden. — Der zweite Grund ist so fadenförmig, daß es sich nicht lohnt, denselben zu widerlegen. Entspricht man doch heute schon ohne Reitpferdsteuer den Wünschen der Reiter nach jeder Richtung hin.

Und warum hat man von einer Besteuerung der Luxushöfe Abstand genommen? Die Kommission gibt hier eine in ihren Gründen geradezu „überwältigende“ Antwort:

„Da ja hier zur Zeit die ausgesprochene Absicht besteht, den Ruder- und Segelsport zunächst zu fördern, nicht aber zu erschweren.“

Wir sind einfach sprachlos ob der Beweisraft dieses Satzes und finden unsere „vergilteten Welle“, die wir aus dem „sicheren Berstet“ unferes Redaktionszimmers“ auf die Kommissionsmitglieder zu schleudern beabsichtigten, wieder in den Röhren. Solche Leute, die um den Ruder- und Segelsport zu fördern, die Luxushöfe steuerfrei lassen, dagegen die kleinen Gewerbetreibenden noch mehr belasten wollen, verdienen das uneingeschränkte Lob der gesamten Bevölkerung. Liegt doch Rückwärts Zukunft begründet in der weiteren Ausbreitung des — Ruder- und Segelsports!

Die in geheimer Bürgerchafts-Sitzung angenommene Senatsvorlage scheint keine große Mehrheit gefunden zu haben. Aus dem Fehlen von 25 Mitgliedern schlussfolgert nämlich Herr Heise, daß, wenn diese anwesend gewesen wären, vielleicht ein andres Resultat der Abstimmung erzielt worden wäre. — Um so mehr ist die Geheimnisthämerei zu verurteilen.

Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1903/1904 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud, die Landbezirke oder Travemünde sind, in der Zeit vom 16. bis 29. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Steuerpflichtigen mit einem Steuerzettel für die Vorstadt St. Lorenz ist gestattet, die fällige Steuer ohne Zuschlag der Gebühr bis zum 15. März cr. zu bezahlen.

Aus dem Gerichtssaal. Der Kaufmannslehrling M. verjübelte mit einem guten Freunde 60 Mark, die er auf der Post einzahlen sollte, hier aber infolge des bereits eingetretenen Schlusses nicht mehr losgeworden war. Am folgenden Tage behauptete er, das Geld verloren zu haben. Außerdem entwendete er aus der Posttasche verschiedene Beträge und nahm falsche Buchung vor. Das Gericht erkannte gegen den jungen Menschen nur auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Öffentlich läßt er sich diese zur Warnung dienen. — Weil er wiederholt aus einem Brothbeutel Zwiebade entwendete, erhielt der Schulknabe S. einen Beweis. — Zu 4 Wochen Gefängnis wurde der verurteilte Former M. verurteilt, weil er aus dem Neubau des St. Johannis-Jungfrauenklosters alle Dachrinnen, Regentrafen, Eisenhänge etc. entwen-

dete. — Wegen großen Unfalls — er hatte in der Moisinger Allee Passanten belästigt und mit einem Messer bedroht — sowie wegen anlässlich seiner Verhaftung hervorgerufener Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenebeleidigung erhielt der Arbeiter E. 3 Wochen Gefängnis und 7 Tage Haft.

Verensregister. Am 16. Februar 1904 ist der Verein zur Fürsorge für Geisteschwache in Lübeck in das Vereinsregister eingetragen worden.

pb. Unterschlagung. Wegen eines hiesigen Schneiders, der eine Nähmaschine, die er auf Abzahlung gekauft und noch nicht bezahlt hatte, so daß sie nach Eigentum des Lieferanten war, verfestete, wurde wegen Unterschlagung Anzeige erstattet.

pb. Gefundene Jakette. Am 16. d. M. wurde auf dem Bauplatz des neu errichteten St. Johannisklosters ein schwarzes getragenes Kammgarnjakett mit schwarzen Steinknöpfen, schwarzem Futter und weiß und blau gestreiftem Wärmefutter, und ein dünnes graues Arbeitsjakett mit hellen Streifen, Stehragen und braunem Futter gefunden. An dem letzteren sind Tintenflecke sichtbar, die augenscheinlich vom Abwischen der Schreibfeder herrühren. Hiernach dürfte das Jakett einem in einer Schreibstube tätigen Manne gehören. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beide Kleidungsstücke aus einem Diebstahl herrühren. Der rechtmäßige Eigentümer wolle sich beim Polizeiamt melden.

Schwartz. Ein Feuer sicherte Sonntagmorgen das von vier Arbeiterfamilien bewohnte Mietshaus des Hofbesizers Schulte zu Alt-Kuppersdorf ein. Der Hofbesizer Wehr gelang es, das Feuer, das in einem auf dem Boden lagernden Heuhaufen entstanden sein soll, auf seinen Herd zu beschränken. Leider soll der Schaden nur zum Teil gedeckt sein.

Walsente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Scharbus. Ein Lohnender Haubzug. In der Nacht zum Sonntag statteten Eindieher unserm Orte einen ungebetenen Besuch ab. Sie brachen beim Hufner D. Sach und beim Hufner W. Sach ein und erbeuteten bei ersterem über 500 Mark Baargeld und bei letzterem zahlreiche Gold- und Silberfachen. Darauf wollten sie noch einer dritten Stelle einen Besuch abstatten, wurden jedoch verjagt.

Udesloe. Eine Galgenfrist. In der am Montag abgehaltenen Sitzung der Kirchenvertretung teilte die Deputation, welche gegen Aufhebung der bekannten Verfügung beim Konfessionalspräsidenten vorstellig geworden ist, mit, daß wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Die Befegung der Pfarrstelle soll nun so lange hinausgeschoben werden, bis die Antwort des Ministers, bei dem die Deputation gleichfalls vorstellig werden will, vorliegt. Die Kirchenvertretung ist sich selbst klar darüber, daß dieser Schritt erfolglos ist, dennoch aber soll derselbe unternommen werden. Die Mühe und Kosten konnten sich die Herren ruhig sparen. Die kirchliche Obrigkeit pfeift und die Mitglieder der Gemeinde haben zu tanzen.

Schönberg. Nicht verstorben ist, wie wir nach verschiedenen Zeitungsnachrichten meldeten, der im Fieberwahn aus dem Fenster gesprungene Schlachter Granzow. Man hofft vielmehr, denselben, da bereits eine Wendung zum Besseren eingetreten ist, am Leben erhalten zu können. Hoffentlich gelingt das.

Grevesmühlen. Ein Lehrer, wie er nicht sein soll. Die Schweriner Strafkammer verurteilte am Montag den ritterchaftlichen Lehrer Louis Schilling in Gutow, der mit ihm unterstellten Schülkindern unbillige Handlungen vorgenommen hatte, unter Annahme mildernder Umstände zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der saubere Patron scheint es ziemlich arg getrieben zu haben, sonst wäre wohl nicht, nachdem ihm mildernde Umstände zugestanden worden sind, auf eine so schwere Strafe erkannt worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Eine von ihrem Manne getrennt lebende 25 Jahre alte Ehefrau aus Ditten sprang am Sonntag mit ihrem 1 Jahre alten Kinde bei Neumühlen in die Elbe. Während die Mutter gerettet wurde, ist das Kind ertrunken. Der Beweggrund zu dieser schrecklichen Tat ist nicht bekannt. — Nach Verübung bedeutender Diebstahlthaten ist der Kaufmann Gröndund aus Binneberg flüchtig geworden. Der Staatsanwalt hat einen Steckbrief gegen ihn erlassen. — Der Arbeiter Meyer, genannt Stapelsfeld, der Montag ein Revolverattentat auf die Ehefrau Nehm in Kiel verübte, hat sich freiwillig gestellt. — Ein bei dem Fischereipächter Ahrens zu Damera bei Waren bediensteter Kuhfütterer war mit mehreren Fischern über den zugewanderten Verbindungssteil zwischen Jabeler und Köpplinger nach Jabel gegangen. In einem dortigen Krüge hatten die Leute sich mehrere Stunden vergnügt gehalten und waren bei der Rückkehr ziemlich angeheitert. Der Kuhfütterer war nun bei einer unterwegs stattgehabten Kauferlei auf dem Eise zu Fall gekommen, und blieb dort, von seinen Genossen nicht weiter beachtet, liegen. Am nächsten Morgen fand man den Vermissten etwa 20 Meter vom Lande entfernt, ertrunken vor. — Zu dem Verwichenden des Banfrotteurs Quermann in Bremen wird jetzt mitgeteilt, daß der Haftbefehl schon vor der Konkursöffnung beantragt, zuerst aber abgelehnt und erst auf die Beschwerde des Staatsanwalts beim Landgericht erlassen worden war, weil der Verdacht vorlag, daß Quermann übermäßig hohe Summen in Differenzangelegenheiten angelegt und Depositen unterschlagen habe. — Aufsehen erregt in Oestemünde der Konkurs der seit langem bestehenden Brodrunderhandlung L. Meyer, welche allgemein als sehr gut fundiert galt. Der Inhaber der Firma, Steinthal, ist flüchtig geworden. Die Unterbilanz soll eine recht große sein.

Damberg. Der letzte Akt einer Liebestragödie. In einem Hotel wurde gestern ein junges Liebespaar, das sich Hochzeitskleider angelegt hatte, erschossen aufgefunden. Die angelegtesten Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Sohn des Besitzers des bekannten Hotels Schadendorf und die Buffetdame St. am handelte. Als Motiv der Tat geben sie in einem hinterlassenen Schreiben an, daß man ihrer Verbindung seitens der Verwandten unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetze. — Eine Schreckenszene auf einer Mäskerade trug sich Sonntagabend in der Drißschiffel an der Unterelbe zu. Mit den Worten: „Soll ich dich mal schiefen?“ legte ein Schifferknecht ein Gewehr auf die 17jährige Tochter des Schlachtermeisters Heinbockel an und drückte los. Zu seinem und aller Anwesenden Entsetzen ging in Wirklichkeit ein Schuß los. Zum Glück, so berichtet der „S. Corr.“, bestand die Ladung nur aus seinem Jagel. Der Schuß war aber aus allernächster Nähe abgegeben worden, wodurch die Wirkung noch immerhin sehr gefährlich geworden ist. Das eine Auge des jungen Mädchens gilt als vollständig verloren. Ob auch Jagel ins Gehirn hineingedrungen ist, wird sich erst auswerten müssen. Die Schwerverletzte wurde sofort in ärztliche Behandlung genommen. Die Waffe war von

einem jungen Mädchen, das sich als 'Soldat' maskiert hatte, zur Kasserode gebracht worden. Das Mädchen hatte das Gewehr durch Vermittlung eines Briefträgers von einer Bauersfrau geliehen erhalten mit dem Bemerkten, daß es ungewiß sei, ob das Gewehr geladen sei oder nicht.

Miel. Als eine Seltenheit muß es nachgerade jeder schon bezeichnet werden, wenn die Militärjustiz auf Freisprechung bei tödlichen Angriffen u. erkennt. Dieser Fall hat sich nun Sonnabend hier ereignet. Der wegen tödlichen Angriffes auf einen Posten zu 3 Jahren 1 Woche Gefängnis verurteilte Heizer Wagner aus Flensburg wurde von dem Oberkriegsgericht der Ostsee-Kation freigesprochen, da er die Tat im pathologischen Aufschauande begangen habe und er b-

lich belastet sei. Ein Urteil, das einmal ausnahmsweise unsere volle Billigung findet.

Werte Nachrichten.

Magdeburg. Ueberfallen und angeschossen wurde nach Meldungen bürgerlicher Blätter der Geschäftsführer der Lachischen Schuhfabrik in Burg, Heinr. Ziwie. Vier Arbeiter der Fabrik wurden als angebliche Täter verhaftet.

Saarbrücken. Messerstechereien bei einem Maskenball. Bei einem Maskenfest zu St. Ingbert kam es zu schweren Messerstechereien, deren Vorgang noch nicht genau ermittelt ist. Der 20jährige Glasbläser Schidel verletzte eine größere Anzahl Personen durch Messerstiche. Der Glasbläser Max Jang erhielt einen

Stich durch Brust und Hals; hierbei wurde die Schlagader durchschnitten, sodah der Tod sofort eintrat. Der Bruder des Getöteten, Oskar Jang, wurde gleichfalls schwer verletzt, ebenso weitere sechs Personen. Der Täter wurde verhaftet.

Stuttgart. Weinfälschungen in ungeheurem Umfange wurden in den letzten Wochen in Stuttgart und Umgebung bei Untersuchungen festgestellt. Insgesamt sind 100 000 Liter Wein beschlagnahmt worden; mehrere Weinkeller wurden deshalb polizeilich geschlossen.

Trient. Gebäude-Einsturz. In Matarella stürzte eine Mauer des neu errichteten Elektrizitätswerkes ein. Vier Frauen wurden unter den Trümmern begraben; eine war sofort tot; die anderen sind verletzt.

Statt besonderer Meldung.

Dienstag morgen entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und meiner Kinder treu sorgende Mutter

Anna Klüssmann
geb. Mühlensfeldt

im 45. Lebensjahre.
Tief betrauert und schmerzlich vermisst von den Hinterbliebenen.

Heinrich Klüssmann u. Kinder.
Die Beerdigung findet am Freitag den 19. Februar, vorm. 11 Uhr, vom Trauerhause, Thajotstraße 3, aus statt. Trauerfeier 10^{3/4} Uhr.

Gestern mittag 1 Uhr entschlief nach schwerer Krankheit unser lieber guter Vater

Fritz Paustian

im 68. Lebensjahre.
Tief betrauert von seinen Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 20. Februar, vormittags 11^{1/2} Uhr, vom Sterbehause, Klopstraße 3, aus statt.

Freundl. Pogis Langer Lohberg 25, I. Et., vorne.

Eine Plätterin wünscht Beschäftig.
in und außer dem Hause.
Joergens, Gartenstraße 13/11.

Ein fast neuer Kinderwagen
wegen Mangel sehr billig zu verkaufen
Kloppstraße 28, I.

Ein guterhaltener Kinderwagen
mit Gummirreifen zu verkaufen
Sabowstraße 21, II.

Einen großen Zuaniger
hat zu verkaufen
H. Robrahn, Sorwert bei Lübeck.

Gesunden 1 Taschenuhr mit Kette.
Abzugeben: J. Kopp, Stodelsdorf.



Inventur-Ausverkauf
BIMMILL Preisen.
Kasselerstraße 24

Achtung Arbeitslose!

Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei in der Generalversammlung vom 16. Februar bestimmten 2000 Bröte Anspruch erheben, haben sich am **Mittwoch den 17., Donnerstag den 18. und Freitag den 19. Februar, abends von 6^{1/2}—8 Uhr, auf folgenden Stellen zu melden:**

- Mühlentor:** **Diedrich Möller,** Cronsforder Allee 105 a.
- Häxtertor:** **Gustav Ehlers,** Augustenstraße 15, I.
- Burgtor:** **C. Effland,** Lüchowstraße 10.

- Holstentor:** **C. Wessel,** Friedenstraße 61.
- In der Stadt:** **R. Trusch,** An der Mauer 5.
- Stockelsdorf:** **A. Süfke.**

Moisling: **F. Harms.**

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wann sich dieselben das Brot abholen können.

Die Kommission.

J. A.: **Gustav Ehlers.**

Junge Leute!

welche sich dem **Seemannsstande** widmen wollen, empfehle **Total-Ausrüstung** für **kleine und grosse Fahrt.**
H. Prenzlau, Untertrabe 67.

Die Lübecker **Margarine-Fabrik „Hansa“**
J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telefon Nr. 913
empfehlen stets frische **Margarine**
welche in den meisten Geschäften zu haben ist.

Achtung!
Empfehle:
Pa. Schweinefleisch,
„ Kalbfleisch,
„ Rindfleisch
sowie sämtliche Wurstsorten
zu den billigsten Tagespreisen.
Alb. Hidde, Reiferstrasse 8
Markthallenstand Nr. 24.

Elbschlossbrauerei
Nienstedten.

Ausstoss unseres beliebten **Bockbieres.**

Vertreter: **M. Hofmann, An der Mauer 11. Fernspr. 1161.**

Breitestraße 44 (Durchgang zur Markthalle)

Bavaria-Bockbier

in Seidel 15 Fig.

Restaurant



Brömbsen-Halle.

Festnachts-Essen:

Kasseler Rippespeer.
Grünkohl u. Bratkartoffeln.
Max Kähler.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
G. G. m. b. H.

Die in der Generalversammlung vom 16. Februar d. J. beschlossene Dividende von 20 pCt. in Brotmarken kann vom Donnerstag den 18. Februar d. J. ab, gegen Vorzeigung der Anteilscheine, im Geschäftslokale, Töpferweg 65, an den Wochentagen, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.

Zimmerer

Verbands-Versammlung
am Donnerstag den 18. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag vom Genossen J. Stelling.
2. Vorstandsbericht.
Der Vorstand.

Circus Variété.

Unwiderstlich nur noch 7 Tage
Mlle. Marguerite
die schöne Löwenbraut.
Neu! Neu!
Ein afrikanisches Gastmahl
im Löwenzwinger,
dazu 5 neue Attraktionen.
Anfang 8 Uhr.

Stadttheater

7^{1/2} Uhr Donnerstag den 18. Februar 7^{1/2} Uhr
145 Borst 21 Donnerstag-Abonement.
Der fliegende Holländer.
7^{1/2} Uhr Freitag den 19. Februar 7^{1/2} Uhr
146 Borst 21. Freitags-Abonement.
Auf Veranlassung der Literarischen Gesellschaft zu Lübeck.
Amphitryon.
Endspiel in 3 Akten von G. v. Hoff.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde (E. V.)
Haupt-Versammlung
Sonnabend den 20. Februar
8^{1/2} Uhr Abends
im „Bürgerverein“, Königstr.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Jahresrechnung und die Einnahmen.
2. Bericht der kommissarisch eingesetzten Rechnungsprüfer.
3. Bericht der Rechnungsprüfer, Bücherprüfer und des Kassierers.
4. Bericht über die Gesundheitspflege im Jahre 1904.
5. Bericht über die Tätigkeit im Laufe des Jahres.
6. Entschlüsse und Beschlüsse.

Aus dem Reiche der Vergessenen.

Ein toben wegen der Gefahr, nach Sibirien verbannt zu werden, aus Rußland entfloherer Parteigenosse liefert unserem Stuttgarter Parteigänger diesen Beitrag:

Vor einiger Zeit lasen wir in den im Ausland erscheinenden russischen sozialistischen Blättern folgenden Aufruf des „Roten Kreuzes“ (Organisation zur Unterstützung politischer Verbannter): „Genossen! Augenblicklich befinden sich im Zentralgefängnis zu Alexandrowst (bei Irkutsk) in Erwartung der Weiterbeförderung vierzig politische Verbannte, zusammengeführt aus allen Ecken und Enden des weiten Reiches. Ihre materielle Lage ist fürchterlich. Sie haben nichts, was sie ihr eigen nennen könnten: nicht Bücher, nicht warme entsprechende Kleidung, nicht Geld... Die Gefängnisse von Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa sind überfüllt. Schlanke Hilfe ist erforderlich, wenn wir nicht sehen wollen, wie die besten Menschen zugrunde gehen!“

Freunde und Bekannte bekommen täglich Briefe aus den Verbannungsorten Sibiriens, in welchen die Not der verbannten Arbeiter geschildert wird, deren Zahl die der Intelligenz schon übertrifft.

Es herrscht in allen Kreisen — auch denen der Arbeiter — die Meinung vor, daß mit der Erbauung der großen sibirischen Bahn auch in dem Deportationswesen der politischen Gefangenen große Erleichterungen eingetreten seien, daß Kennans herzerzitternde Schilderungen nicht mehr passen, daß es den armen russischen Revolutionären in den Eisfeldern Sibiriens jetzt nicht mehr so schwer gehe wie vor fünfzehn Jahren. In folgenden Zeilen wollen wir untersuchen, wie weit dieses der Fall ist und was hauptsächlich die jetzige Notlage bindet.

Das steht fest, daß die sibirische Eisenbahn auch den Verbannten den Weg nach Sibirien verkürzt und die Strapazen des Weges zum Teil erleichtert hat. Auch die Sterblichkeit in den Zentralgefängnissen zu Tomsk, Krasnojarsk und Alexandrowst hat abgenommen, obgleich in der allerletzten Zeit wieder starke Anammlungen von Politischen sowohl in Krasnojarsk als auch in Alexandrowst sich bemerkbar machen. Dann dürfen wir noch nicht vergessen, daß die Bahn die Flucht der Verbannten bedeutend erleichtert hat.

Die Bahn hat aber auch viele Unannehmlichkeiten für die politischen Verbannten mit sich gebracht.

Zugleich mit der Bahn entstanden auch größere Industrieabteilungen in den Städten Omsk, Krasnojarsk, Irkutsk und Tschita, die jetzt alle zusammen circa 100 000 Arbeiter beschäftigen. Aber auch die Arbeiterbewegung ließ nicht lange auf sich warten. Im Jahre 1902 sehen wir den „Verband Sibirischer Sozialdemokraten“ entstehen, der in allen größeren Städten Sibiriens seine Komitees hat. Am Anfang des Jahres 1903 streikten die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zu Krasnojarsk, Omsk und Irkutsk. Am 18. und 20. Februar (a. St.) finden Demonstrationen zu Tomsk statt und am 18. April veranstalten die Arbeiter Tomsk eine Märsch mit Straßendemonstration, an welcher bis 10 000 Menschen teilnehmen. Vom 1. März bis zum 19. April verbreitet der „Verband“ nicht weniger als 40 000 Proklamationen. So etwas hatte die Regierung jedenfalls von der neuen Bahn nicht erwartet. Im März wird der Spitzkrukenheld v. Wahl nach Sibirien geschickt und da dieser den Revolutionshaß nicht findet, fährt einige Monate später der Polizeiminister Plehwe selbst nach Sibirien. Zugleich erfahren wir von der Versetzung des Generalgouverneurs von Irkutsk und der Verabschiedung der Gouverneure von Irkutsk und Jeniseisk. Der Held von Rischnew hatte sich eben das Urteil gebildet, daß die höheren Verwaltungsbehörden nicht streng genug gewesen sind, sowohl gegenüber den Sozialisten als auch gegenüber den längs der Bahnlinie angeführten Revolutionären. Es war aber nicht möglich, die Arbeiter aus den Städten zu verjagen. Wohl aber konnte v. Plehwe

durch einen einzigen Federstrich alle politische Verdächtigen und Verächtlichen aus den in der Nähe der Bahnlinie gelegenen Ortschaften anzuweisen, d. h. ohne Richterspruch ihnen einen 500 bis 1000 Kilometer nördlicher gelegenen Wohnort anzuweisen. Das geschieht auch jetzt. Täglich kommen Verbannte per Etappe in Krasnojarsk und Irkutsk an, welche irgend eines Protektes wegen an die Ufer der Angara oder ins Jakutengebiet geschickt werden. Wegen diese und ähnliche Ungeheuerlichkeiten wird protestiert, so daß es schon zu tätlichen Zusammenstößen gekommen ist. Da das größte Kontingent der politischen Verbannten jetzt sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter bilden und die Reichskasse erschöpft ist, resp. das Geld „geeigneter“ Verwendung von Seiten der Gouverneure und Polizeibeamten findet, so steht sich die Regierung genötigt, in erster Linie den verdächtigen Arbeitern die abtätigen Unterstützungsgelder zu entziehen. Es waren ja nur ein paar lumpige Rubel, die der Verbannte bisher bekam, aber für den ganz unbemittelten reichten sie wenigstens für das teure Brot und Petroleum hin. Um diese Staatsunterstützung wird jetzt ein Kampf um Leben und Tod gekämpft werden. Diese Unterstützung ist in dem Gesetz über Polizeiaufsicht vorgesehen, und sobald dieselbe nicht gewährt wird, weigern sich die Verbannten, die anderen Bestimmungen dieses Gesetzes (unerlaubtes Verlassen des Wohnortes, tägliche Meldung usw.) zu erfüllen. Die politischen Verbannten haben sich allmählich das Recht erkämpft, einige erniedrigende Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zu befolgen. Das war eben, was dem Polizeiminister Plehwe nicht gefiel. Wie hatten diese Entrechteten außerdem es nur gewagt, darüber sich zu beklagen, daß einige Gesetzesbestimmungen von der Obrigkeit nicht befolgt werden! So hat denn Ostfribrien einen neuen Herrscher in der Person des Generalgouverneurs Kutaiow bekommen, der sich einigen Verbannten gegenüber äußert hat, daß sein Vorgänger sie mit Gehäßen geächtigt hat, er sie aber mit Skorpionen züchtigen werde. Ihm zur Seite ist der mehrmals wegen Mordtätigkeit degradierter General Acligustow gestellt worden, dem Plehwe das Gouvernement Jeniseisk mit folgenden Worten übergeben hat: „Ich habe Sie auf diesen Posten berufen, damit Sie hier ordentlich anrücken und das Gouvernement in Ordnung bringen. Auf einige Mordtätigkeiten werde ich nicht so genau sehen.“ Also, der Minister spornet selbst die Beamten an, das Gesetz nicht zu befolgen. Und an diese Herren müssen die unter Polizeiaufsicht sich befindenden politischen Verbannten ihre Klage richten!

Wie diese Herren „Ordnung“ schaffen werden, das haben sie vorläufig schon in zwei Erlassen an die Zapravniks und Priskawskis beklundet. Der erste schreibt den Polizeibeamten vor, streng darauf zu sehen, womit die Verbannten sich zu Hause beschäftigen, mit wem sie verkehren, wann sie essen, schlafen, ausgehen usw. Der zweite soll den Verbannten einschärfen, daß jedes Ausgehen auf die Jagd als unerlaubtes Verlassen des Wohnortes angesehen und durch Verbannten in's Jakutengebiet bestraft werden wird. Außerdem dürfen die Verbannten neuankommenden Gruppen nicht begegnen und sie nicht mit Lebensmitteln und Kleidung versorgen. Unter solchen Umständen ist es nicht wunderbar, daß die entlegenen Irkutsk-Dörfer wieder mit Politischen bevölkert werden. Mit den letzten Dampfern im August und September kamen in Irkutsk 53 politische Verbannte an, darunter 10 Frauen, die zusammen auf 243 Jahre in's Jakutengebiet verschickt wurden. Keiner von diesen verblieb in der Stadt Irkutsk, den meisten fand noch eine 1000 Kilometer lange Reise per Skitteln bevor. Von diesen 50 waren 29 „Intelligenz“ (4 Ärzte, 10 Studenten usw.)

Was haben diese Menschen verbrochen? 8 verfielen der fürchterlichen Strafe wegen Teilnahme an politischen Demonstrationen, 4 wegen Herstellung verbotener Schriften, 3 wegen Agitation unter den Poltawischen Bauern. Alle übrigen — wegen ihrer Zugehörigkeit zu geheimen sozialdemo-

kratischen Vereinen und Verbreitung sozialistischer Schriften! Also, alle diese armen Menschen müssen, mit Hunger, Kälte und Nichtstun kämpfend, zusammen mehrere hundert Jahre im Jakutengebiet zubringen, weil sie Handlungen vollbracht haben, die in Deutschland und anderen Ländern keine Strafe nach sich gezogen hätten. Das sind die „Anarchisten“, vor welchen Staatssekretär Nichtsofen glaubte Deutschland schützen zu müssen! Wie lange wird das internationale Proletariat solche Barbareien noch dulden!?

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Angestellten der Mailänder elektrischen Straßenbahn beschloßen binnen acht Tagen in den Ausstand zu treten, wenn die Ebsiongesellschaft nicht die sicherheitswidrigen Behwagen abschafft und bessere Bremsvorrichtungen einführt.

Aus Krimmitchau. Nach genauer Zählung der noch ausgeperrten Textilarbeiter stellt sich deren Zahl auf 1103. — Uebrigens haben sich die Unternehmer für die indirekte Hilfe durch das Stadtoberhaupt erkenntlich gezeigt. Bekanntlich haben die Textilfabrikanten resp. deren Sippe die Majorität im Krimmitchauer Stadtverordneten-Kollegium. Jetzt, nachdem die Zehnstundenkämpfer von den vereinigten reaktionären Mächten: Unternehmertum, Gendarmen und städtischen und staatlichen Behörden, niedergewungen sind, hat man dem Bürgermeister, dessen Verdienste in dieser Beziehung nicht gering angeschlagen werden, 1000 Mk. Gehaltszulage gewährt, obgleich zweifellos die Finanzverhältnisse durch den langwierigen Kampf in Krimmitchau nicht gerade gebessert worden sind. Aber — dem Verdienste seine Krone. Um die Unternehmer hat Herr Beckmann diese 1000 Mk. jährlich reichlich verdient. Daß eine schwarze Liste von den Fabrikanten zusammengestellt ist, wird immer offenkundiger. Wenn irgend eine durch den Kampf bekannt gewordene Person um Arbeit nachfragt, dann heißt es sofort: „Für Sie habe ich keine Arbeit!“ Gegen die Versammlungsbekämpfung — die Versammlungen, in denen Legien und Hüßler sprachen, durften bekanntlich nur Ratifizierte, wenn die Maßnahmen der Behörden nicht kritisiert würden — haben die beiden Vorsitzenden den Beschwerdebeweg beschritten.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist im Stukkateurenverbande abgelehnt worden. An der Urabstimmung beteiligten sich 3332 Mitglieder, von denen nur 581 für die Einführung stimmten.

Streikpostenstehen verboten — Streikpostenstehen erlaubt. Die Rechtssprechung des Kammergerichts wirkt nachgerade eigentümlich. Ueber eine Verhandlung über das Streikpostenstehen, das vom Kammergericht hundertmal als erlaubt bezeichnet worden ist, schreibt man der „Magdeb. Volksstimme“: Der Vorsitzende Cohen von der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt sich neben einigen Streikposten vor einer Fabrik auf, wo gestreikt wurde. Er wollte nicht auch Streikposten stehen, sondern sich lediglich über die Ausichten des Streiks in der Eisernhüßelfabrik von Schulz informieren. Ein Schutzmann wies ihn und die Streikposten weg, weil an anderen Tagen Arbeitswillige „befähigt“ worden waren. Da Cohen nicht folgte, wurde er in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe auf Grund der Strafrechtsverordnung verurteilt, weil er „einer zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf der Straße ergangenen polizeilichen Anordnung“ nicht Folge geleistet habe. Das Kammergericht als Revisionsinstanz erachtete dies Urteil für „vollkommen seinem Standpunkt entsprechend“ und verwarf die Revision Cohens. In einer Streikpostensache der Metallarbeiter Krill tritt und Reichert billigte das Kammergericht die vom Landgericht ausgeprochene Freisprechung, weil festgestellt sei, daß der sie wegweisende Schutzmann gar nicht die Absicht gehabt habe, die Ruhe und Ordnung zu schützen, sondern von

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

56 Fortsetzung.

„Habe ich das Vergnügen, mit Herrn Direktor Sufmeyer zu sprechen?“ fragte Pflüger.

Der Ritter zögerte einen Augenblick mit der Antwort. Noch stand er, das nur etwas gesenkte Schwert vor sich ausgebreitet, den rechten Fuß vor, den Kopf zurückgeworfen, und den linken, mit dem Schilde bewehrten Arm wie zu augenblicklicher Verteidigung halb gebogen. Er hatte aber jedenfalls seinen Nachbar, den Notar, erkannt, mit dem er außerdem schon mehrere Beziehungen gehabt Pflüger nahm er das Schwert, wie er das mit einem Regenschirm getan haben würde, unter den linken Arm, und mit der rechten Hand das Bistier emporschleudend und sich dabei artig und modern verneigend, sagte er, indem er dem Advokaten die gepanzerte Rechte entgegenstreckte: „Ist mir sehr angenehm, Sie begrüßen zu können! Sie müssen entschuldigen, ich habe eben meine Rüstung anprobiert; wir geben heut Abend das „Rühchen von Heilbronn.“

„Es sollte mir leid tun, wenn ich Sie hierin gestört hätte!“

„Nein, nein, bitte sehr!“ sagte Graf Wetter von Strahl sehr artig, und die großen, weiß und blauen Federn schwannten auf seinem Helm. „Aber womit kann ich Ihnen dienen?“

Pflüger, dessen Aufmerksamkeit bis dahin nur allein von der gehärrichten Gestalt gefesselt gewesen, warf den Blick jetzt im Zimmer umher und entdeckte noch eine andere Figur, die allerdings gegen den Ritter bedeutend abfiel. Es war das Faktotum des Direktors, der Theaterdiener Pflüger, der, in Hemdärmeln, mit großkarrierten, aber sehr fleckigen Hosen, verchromter Halskette und darunter vorgezeichnetem, nicht zugewaschenem Hemd, im Schweiße seines Angesichts gear-

bettet zu haben schien, um den Vorgesetzten in die blechernen Schienen einzuzwängen. Er trocknete sich wenigstens, in Ermangelung eines Taschentuches, mit seinem Ärmel den Schweiß von der Stirn, hielt aber dabei die Augen immer noch misstrauisch auf die Rüstung gefeselt, um zu sehen, ob alles passe und nicht etwa im entscheidenden Moment „losgehen“ könne. Für einen Knappen sah er sicherlich zu modern und nicht hübsch genug aus; übrigens genierte er den Notar, denn was er mit dem Direktor zu sprechen hatte, bedurfte keiner Zeugen.

„Ich — hätte ein paar Worte unter vier Augen mit Ihnen zu reden, Herr Direktor, bemerkte er mit einem Blick auf den Diener; „ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen.“

„Darum müßte ich allerdings bitten,“ erwiderte Graf Wetter von Strahl, „denn meine Zeit ist sehr bemessen; die Kunst ruft mich, und der verfluchte Bleckschmidt muß mir auch die linke Beinsehne noch etwas weiter machen. Pflüger — ab!“

Er sagte das mit einer wegwerfenden Handbewegung, als ob er den armen Teufel ohne weiteres von der Erde zu vertilgen wünsche. Pflüger verstand aber noch nicht so leicht, sondern sah erst mit einer fragenden Bewegung und einem leisen Herunterzucken des Kopfes nach links seinen Herrn an.

„Dessen Auge hastete sich auf ihm; er schien etwas zu überlegen und warf dabei einen halb misstrauischen Blick auf den Besuch. Endlich nickte er langsam mit dem Kopfe, und Pflüger glitt dann wie eine Schlange aus der Tür.“

„Ist es Ihnen nun gefällig,“ sagte der Direktor mit einer vornehm einladenden Handbewegung, „so treten wir in mein Studierzimmer; wir sind dort ungehört.“ Er kniete dabei die Tür, und während Pflüger in den geheiligten Raum trat, folgte ihm die gepanzerte, von Bleckschappernde Gestalt, schob aber dem Advokaten sehr verbind-

lich einen Stuhl bis ziemlich mitten in die Stube und setzte sich dann nicht weit von ihm in einen Rohrstuhl mit hoher Lehne, was aber wegen der Rüstung seine Schwierigkeiten hatte.

„Herr Direktor,“ begann jetzt Pflüger, „Sie wissen, wir Advokaten beschäftigen uns wenig mit unseren eigenen Angelegenheiten, sondern fast nur mit denen anderer Leute.“

„Das thun sehr viele Menschen,“ erwiderte Graf Wetter von Strahl.

„Aus Neigung, ja; bei uns ist es aber Geschäft. So komme ich denn auch heute in der Angelegenheit eines Andern.“

„Als Advokat oder als Freund?“

„Sagen wir als Freund, auch Ihnen gegenüber, um einen Ausgl.ich zu finden, einen vorliegenden Gegenstand zu arrangieren.“

„Kommen wir zur Sache,“ sagte der Direktor — er hielt noch immer das blankte Schwert in der Hand, stemmte es jetzt vor sich auf den Boden und hielt beide Hände auf das Kreuz, gerade so, wie wir es auf alten Ritterbildern häufig abgebildet finden.

„Ich komme im Namen des Hauptmanns von Dürr-

bed.“

„Ha!“ rief Graf Wetter von Strahl, von seinem Stuhl emporspringend und mit der rechten Hand wieder das Schwert ergreifend, als ob er einen Schlag damit führen wolle.

„Schon wieder klingt der Name an mein Ohr und treibt das Blut mir rascher durch die Adern. Wagt denn ein bö' Geschick den Unglückseligen mir wieder freis und wieder in den Weg —

Zur Hölle fahre er —

„Bitte um Entschuldigung, Herr Direktor,“ sagte der Notar, der nur mit Mühe ein Lächeln unterdrückte, denn er mochte den galtierten Menschen nicht reizen — „Hauptmann von Dürrbed ist in jeder Hinsicht ein Ehrenmann, und ich

der falschen Ansicht ausgegangen sei, das Streikposten stehen an sich zu verhindern. Heute so — morgen so — und übermorgen — wieder anders. „Jeder Preuze findet sein Recht.“ Man merkt's.

Allerlei Neues vom Arbeitswilligen. Auf Grund der Aussagen der Maurer Rudolf und Eduard Kühn wurde feinerzelt der Verbandsmaurer Magate von der Strafkammer in Breslau zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er die Brüder Kühn „terroristisch“ haben sollte. Sechs andern Maurern, die das Gegenteil ausgaben, wurde so wenig geglaubt, daß sie nicht einmal verurteilt wurden. Das Strafkontingent der beiden Brüder über die nicht festgesetzt. Jetzt hat eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht die Wahrscheinlichkeit der beiden Kühn in's glänzendste Licht gerückt: Drei Verbandsmaurer nämlich hatten erfahren, daß die beiden Brüder öfter der Vogelstellererei nachgingen, als der Arbeit. Sie beschloßen, die Brüder einmal zu überrücken, was ihnen auch in Kürze gelang. Im Walde bei Breslau wurden die empfindlichen Arbeitswilligen überrückt und dann zur Anzeige gebracht. Eine Stunde später aber, als die Anzeige gegen sie eingegangen, erschienen die beiden Ehrenmänner auf demselben Kommissariat, um ihrerseits die drei Verbandsmaurer der Vogelstellererei zu bezichtigen. Glücklicherweise wurde ihnen diesmal nicht geglaubt, sondern sie wurden unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß sie bereits acht- bezw. zwölffmal vorbestraft sind und zwar wegen der verschiedensten Delikte. Der Staatsanwalt fand sehr entrüstete Worte über das ehrlose Betragen der beiden, die anständigen Menschen einer Handlung bezichtigten, die sie selbst begangen hatten. Demnachst werden die beiden Brüder wieder als einzig „gläubwürdige“ Zeugen gegen den Maurer Neumann auftreten, der gleichzeitig mit Magate gegen sie „Terrorismus“ geübt haben soll.

Ein merkwürdiger „Genosse“ ist der Rechtsanwalt Viktor Franck in Berlin. Er hat am Geburtsstage Wilhelm's II. seine Wohnung illuminiert. Es ist derselbe Herr, der nach dem Dresdener Parteitag an der „Zukunft“ mitarbeitete. Vor drei Jahren war er noch freikämmerlich vor fünf Jahren konsektiv. Eine Versammlung in Berlin beschloß, Franck nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten.

„Märzzeitung.“ Zum März erscheint in der Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin eine illustrierte März-Zeitung, die seit 30 Jahren hindurch im August dieses Jahres verfloßen, seit Ferdinand Lassalle der deutschen Arbeiterklasse entzogen wurde. An die Bedeutung des Tages will die diesjährige März-Zeitung erinnern durch die Hingabe eines bisher noch nicht veröffentlichten Portraits Lassalles, nach einer Zeichnung von B. Siegel und durch einen Artikel: „Lassalle und die Revolution“ von Rosa Luxemburg. Die März-Zeitung wird aber auch jener gedenken, die durch Wort und Bild der Freiheit eine Gasse bahnten. Das Titelbild zeigt einen neuen Winkelstrich, wie er mit unwiderstehlicher Kraft der Feinde Lanzen zerpflegt. Den größten Beifall der Genossen wird aber das Mittelbild finden: eine vorzüglich gelungene Hingabe des Delgemäles aus dem Pariser Louvre Konigt de P'sle trägt zum ersten Mal die Marxseillaue vor. In teglichen Beiträgen nennen wir noch: „Wir schreiben dem Benz entgegen“, Gedicht von E. Krewski — „Revolution und Laup“ von H. Ströbel. Die März-Zeitung wird außerdem durch künstlerisch ausgeführte Signetten belebt, so daß sie als jähres Kunstblatt die Agitation fördern und unsere Partei in weitere Kreise tragen wird. Preis 10 Pf., bei Partievertrag Rabatt ohne Reservationsrecht. — Von dem großen Mittelbild „Die Marxseillaue“ hat der Verlag auf seinem Kunstbruderkontingent ein Kunstblatt in Kartongröße 50x70 cm herausgegeben, das einen vorzüglichen Zimmerschmuck abgibt. Der Preis ist 40 Pf. ord. — Von demselben Bilde ist außerdem eine illustrierte Postkarte angefertigt, die wir zu weitest Verbreitung empfehlen. Der Preis ist: 100 Exempl. 3.- M., 250 Exempl. 7.- M., 500 Exempl. 12.50 M., 1000 Exempl. 20.- M. Die Bestellung erfolgt pünktlich bis zum 10. März, wenn die Bestellung bis spätestens den 22. Februar bei der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, eingegangen ist.

Aus Nah und Fern.

Wila. Wegen Straßeneubau verurteilte die
hin gerade deshalb zu Ihnen gekommen, um einen Vergleich herbei zu führen.
„Ihren Vergleich!“ sagte der Graf Wetter von Strahl mit einer wegworfenden Bewegung des Kopfes — „wozu ein Vergleich? Ich habe den Kontrakt. Machen Sie mir den Kopf nicht warm, Herr Notar!“
„Sein Kopf schien ihm wirklich warm zu werden, aber der Notar war es nicht, der das tat, sondern der ungewohnte Helm, und in seiner Aufregung nahm er ihn ab und stellte ihn neben sich auf den Boden. Jetzt mußte Küper aber wirklich an sich halten, denn darunter war kein der Kopf in Papilloten und Hülse über dem Halsstück eines etwas schmalen Hüßes. Der Direktor schien das aber nicht zu merken, aber dachte er in dem Augenblick vielleicht gar nicht an die Papilloten.“
„Mein lieber Herr Direktor“, sagte Küper jetzt mit der größten Ruhe, „Sie haben allerdings den Kontrakt, aber es gibt Kontrakte, die vor Gericht, wenn bestimmte Bedingungen eintreten, null und nichtig sind. Jeder Mann ist verpflichtet, seine Schäden zu bezahlen, aber sobald er nicht mehr hat und Bankrott macht, hat diese Verpflichtung auf, denn die Unmöglichkeit tritt ein, seine Schäden abzugeben.“
„Aber was hat das hiermit zu tun?“
„Ach, Sie können doch ja nicht den Bankrott nicht den Bankrott, ich zu vermissen, wie?“
„Ach, ich glaube nicht; habe auch nicht die Absicht.“
„Aber in letzter Zeit sind doch Schichten in mich die Augen gekommen, die Ihnen fast dem Haupte folgen — was noch kann, wenn ich keinen Bankrott jetzt verzeichnet und Sie einen Kontrakt der Welt im Grunde, Sie können ja ver-“
händers; ja, ich weiß nicht einmal bestimmt, ob Sie dadurch selbst der Verpflichtung entgingen, ihr regelmäßig ihre Lage zu zahlen.“
„Ja!“ sagte der Direktor wieder und sah klappernd vor seinem Stahl in die Höhe; zu gleicher Zeit aber trat er mit dem rechten Fuße auf einen nicht neben ihm befindlichen Kasten, und der Notar, der ja wußte, daß er allerlei nichts Anderes, als daß er wieder zu seinem alten Hilfsmittel die Faust nehmen wollte. In dem nämlichen Moment schaute er aber seinen eigenen Stahl, auf dem er saß, hinunter, und behielt eben noch Zeit, sich davon ab und eine Strecke fortzuschleppen, als der Stahl wirklich in die Tiefe sank und ein Loch an dessen Statt heraufgahnte.
„Alle Tengel, Herr“, rief er in der Tat erschreckt aus, „was treiben Sie da für Unfug!“
„Sie müssen still sitzen“, sagte Graf Wetter von Strahl ruhig, „Sie hätten den Hals brechen können.“
„Ich danke Ihnen, aber das ist außer dem Spaß; ich komme in der besten Absicht“ (die Klappe schloß sich wieder, und Küper fand unten und betrachtete den leeren Stahl) „und Sie verleben ein Abenteuer!“
Graf Wetter von Strahl hob abscheuend die Hand: „Nicht weiter, Herr Notar! Vermengen wir nicht zwei ganz unvereinbare Geschäfte; Sie wollen mich bewegen, von meinem Kontrakte abzusehen — ich habe nicht die geringste Veranlassung dazu, ein Vergleich ist unnötig.“
„Aber was verstehen Sie unter einem Vergleich?“ sagte der Notar gerührt. „Ich verstehe darunter, daß aus der Gegenwart ein Ansehen macht.“
„Ich hätte gewünscht“, sagte Graf Wetter von Strahl, indem er sich in Schrecken mit der Hand in die Papilloten

hieftige Strafkammer zwei 13jährige Schüler zu je drei Monaten Gefängnis. Die Laugenichte hatten einen anderen Knaben überfallen, ihn gefesselt und, nachdem sie ihn ausgeraubt hatten, hilflos liegen lassen. — Durch das Hochwasser des Rheins extrantr in Herdingen ein Schiffer, bei Flehe ein Mädchen und bei Eten zwei junge Leute. Eine mit 50 Personen besetzte Fähre, deren Drahtseil zerriß, wurde Strömungwärts getrieben. Es entstand eine große Panik. Die Passagiere wurden von zwei Dampfmaschinen gerettet.
Brüssel. Eisenbahnkatastrophe. Montag früh fuhr auf dem Nordbahnhof der aus Ostende kommende Zug in den Antwerpener Zug hinein. Drei Wagen wurden zertrümmert, zwei Schüler getötet und etwa dreißig Personen, meist jugendliche Männer, verletzt. Nach einer anderen Meldung sollen sechs Personen getötet worden sein. (Red.)
Triest. Ein heftiger Sirokko richtete in der Nacht zum Montag im hiesigen Hafen großen Schaden an. Mehrere Dampfer, darunter der Hamburger „Morea“, erlitten Beschädigungen.
Warschau. Schreckenstat eines Irnsinnigen. Gelegentlich einer Kundgebung, an der zahlreiche Studenten und eine große Volksmenge teilnahmen, schob der irrsinnig gewordene Graf Dembsky vom Balkon seiner Wohnung auf die Menge, wobei drei Personen getötet und zwanzig verwundet wurden. Erst nachdem es gelungen war, den Grafen selbst durch einen Schuß zu verwunden, konnte er festgenommen werden.

Unschuldig verurteilt. Nachdem sie 14 Jahre unschuldig im Bucht haus gesessen, ist eine Mrs. Maybrick in London am Sonnabend morgen aus freiem Fuß gesetzt worden. Sie war — 28 Jahre alt — angeklagt, ihren Gatten, einen reichen Wollfabrikanten, mit arsenhaltigem Fliegenpapier vergiftet zu haben. Mrs. Maybrick wurde zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Bucht haus begnadigt. Der Prozeß gegen die Gattenmörderin erregte damals gewaltiges Aufsehen; ein großer Teil der Bevölkerung war von der Unschuld Mrs. Maybrick's bereits damals überzeugt. Im Laufe der Jahre hat sich um die öffentliche Meinung fast ganz zu ihren Gunsten gereigt, infolgedessen wurden amtlidherseits die näheren Umstände des Urteils untersucht. Das Drama hat jetzt mit der Freilassung der Verurteilten seinen Abschluß gefunden.

Was eine moderne Seeschlacht kostet, darüber stellt eine englische Zeitschrift folgende Berechnungen an: Während des letzten Krieges zwischen Spanien und Amerika überfiel die „Brooklyn“ das spanische Schlachtschiff „Vizcaya“ mit einem so tödlichen Regen von Geschossen, daß es in wenigen Minuten auf dem Meeresgrunde lag, als ein zertrümmerter und zusammengesackelter Wirrwarr von Eisenstücken. Im ganzen hatte die „Brooklyn“ 618 Granaten auf die „Vizcaya“ abgefeuert; die Rechnung über die Beschießung stellte sich folgendermaßen: 141 achtzöllige Granaten jede zu 1000 M. = 141 000 M.; 65 sechszöllige jede zu 420 M. = 27 300 M.; 12 Sechspfündergranaten jede zu 20 M. = 240 M.; 400 Einspündergranaten jede zu 12,50 M. = 5000 M. So kostete das Geschützfeuer von fünf Minuten den Vereinigten Staaten 173 540 M., und während jeder Minute des Kampfes schiederte die „Brooklyn“ 123 Geschosse auf ihren Feind, die 34 700 M. kosteten. Wenn man dazu die Kosten der Verantwortung des Feuers seitens der „Vizcaya“ rechnet, so sieht man, daß die Schlacht zwischen den beiden Schiffen gegen 60 000 M. in der Minute gekostet haben kann.

Sydney. Drei Pestfälle sind der „Frk. Stg.“ zufolge in Brisbane (Queensland) vorgekommen.
Auf dem Vermittlungsbureau. Kriegervereinsvorstand: Ja, in der Stadt kann ich Ihnen keine Stelle verschaffen. Wir sind angewiesen, die entlassenen Mannschaften möglichst aufs Land zu dirigieren. Reservist: Ist mir auch recht. Wenn's vielleicht eine Stelle als Majoratskammer frei hätten? (Südd. Postillon.)

Standesamtliche Nachrichten
vom 7. bis 13. Februar 1904.
Geburten.
a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
2. Februar. Vermessungsarbeiter B. G. Froh. Klempner J. G. H. Baer. 3. Arbeiter B. G. H. E. Eggers. 4. Zimmergehilfe J. G. H. Krengel. Schlachter J. B. J. Jäger (Willinge). Maurer F. A. Chr. L. Beebe. 5. Revisionsaufseher J. J. Kuhlmann. Arbeiter J. G. F. Leutenburg. Arbeiter J. J. D. Erdmann (Krempelsdorf).

Klempner C. F. M. D. Holfst. 6. Tischler M. J. W. Krüg. Güterschreiber A. H. H. Wulff. Schneider F. J. J. Schum. Schloffer J. G. R. Rod. 7. Arbeiter J. G. H. W. W. Fischer. Arbeiter J. G. H. Edmann. Tischler M. B. J. J. Peter. Schneider J. J. W. Rumohr. 8. Lokomotivheizer J. F. J. Namm. Revisionsaufseher W. D. Lauber. Schmied J. G. Wulff. 9. Arbeiter J. G. H. D. Wertmeister J. G. Grove. Maurermeister J. J. G. Mett. Arbeiter J. G. Schwarz. 10. Eisendreher A. A. Selke. Kanalarbeiter Matutt. 11. Bootbauer J. G. E. Schlichting. 13. Bäcker C. F. J. Gosh.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
31. Januar. Mechaniker und Fahrradhändler C. J. H. Feynert. 2. Februar. Schiffsbauer C. J. H. Farn. Steinhauer J. G. Guder. 5. Arbeiter J. A. C. Dörmal. Schloffermeister B. F. Grammerstorf. Arbeiter H. G. Stosch. 6. Schloffer C. F. E. Saggau. Steward W. A. Ehme. Feldwebel A. F. C. Krüger. 7. Arbeiter J. T. Greve. 8. Kieter H. J. W. Schlimann. Restaurateur C. G. F. Düring. Freiseur A. W. L. Martens. 9. Arbeiter H. D. Stappenbed. Bauarbeiter H. J. H. Bruch. Arbeiter B. G. Wiggert. 10. Hobelmeister G. F. C. Droy. 11. Bau-Inspektor C. W. Farns. Kieter R. A. Kauf. 13. Straßenbahnführer J. F. A. Peters.

Storbefälle.
6. Februar. Handelsmann W. C. Maus, 42. Hauptlehrer J. G. G. Holm, 61 J. 7. W. G. Geste, 3 J. Arbeiter J. G. Hübenbeder, 63 J. W. B. G. Kelling, 2 J. Ein Knabe, 10 Minuten. B.: Arbeiter J. G. H. W. B. Privatmann G. F. Arp, 64 J. 8. C. D. geb. Brüggmann Witwe des Arbeiters J. H. Stamer, verm. Schmidt, 81. C. J. H. M. Gerling, 4 J. Arbeiter J. Bornhoert, 65 (Brüel i. M.). 9. Ein todtgeb. Knabe, B.: Arbeiter Tringis, 4 J. M. D. Henning, 2 1/2 J. M. A. D. Andersson, 4 M. 10. A. J. C. geb. Oldenburg, Witwe des Arbeiters Carl Gottlieb Markus Bohlmann, 83. C. K. B. Wehr, 5 M. Arbeiter J. G. H. Wader, 76 J. (Götting). 11. Privatmann A. A. Löwenthal, 87 J. M. A. C. Langhans, 13 J. Ein Mädchen, 2 J., B.: Arbeiter D. Stappenbed. Ein todtgeb. Knabe, B.: Matrose C. B. G. Zeuner. C. M. F. Wilms, 5 1/2 M. Zimmermann F. Hoffmann, 44 J. Arzt Dr. med. J. J. Michalski, 37 J. Bahnarbeiter W. G. F. Puls, 27 J. J. G. H. G. geb. Knecht, Witwe des Landmannes J. J. Th. Haad, 80 J. 12. W. A. M. Schmidt, 7 M. A. D. L. Bücher, 11 J. 74 J. G. A. F. Havemann, 9 M. W. G. Th. H. Engelbrecht, 1 M. Privatmann J. Th. Eggers, 80 J. F. Georg 29 J. Siechenhaus-Injasse D. G. D. Trok, 77 J. (Klein Bröndau). Biegler Th. Köhler, 64 J. (Wendeborf). Eisenbahnbeamter A. D. F. H. Freimuth, 58 J.

Angedordnete Aufgebote.
8. Februar. Expedient J. G. G. H. Möller und H. C. M. Schmitt. Leutnant im 3. Hanseatischen Infanterie Regiment Nr. 162 F. C. W. Rohde und A. C. J. Kleifing. 9. Trümmerschauer H. G. C. Raehding und A. Ohme. 10. Arbeiter Th. G. H. Nagel und C. M. C. Clavad zu Falkenhagen. 11. Schuhmacher J. J. J. Schacht und W. G. H. Ollert. Zahntechniker A. C. J. Emelo und M. M. De bahr. Oberlehrer am Realgymnasium Dr. phil. J. G. H. Frank und W. J. Baethke. 12. Wollhüner G. J. M. Künzel zu Nieder-Buffau und J. M. C. Schauer zu Klempau. Viehhändler C. Emmering zu Godinge in Holland und B. Liffauer. 13. Kaufmann G. A. Th. Helm zu Hamburg und Witwe A. C. M. Göße geb. Ehlers Geschäftsfreisender A. J. W. Madegta und A. F. C. Weis Stalter J. G. Th. Wiken und M. M. C. Wolf zu Klein Schenkenberg. Musiker F. Börschte und M. A. C. Mittscher.

Geschickungen.
9. Februar. Filial-Verwalter F. C. Berwo und A. C. H. Kapell. Kaufmann H. F. C. Medien und Witwe H. H. J. Möller geb. Stoll. 11. Postkassener C. W. F. Fiehn und M. W. M. Leu. Diatar F. J. F. Otto und C. F. H. Jürgens. 12. Hofkonzertmeister G. A. C. F. Havemann zu Darmstadt und M. L. G. Bröder. 13. Gartenarbeiter J. A. H. Lorenz und E. A. L. Wahlenbied. Arbeiter J. C. H. Dose und J. W. A. Schlus. Tischler J. F. Ned und F. C. L. Winterhoff. Güterbodenarbeiter J. G. H. Rod und geschiedene L. W. M. Barrett geb. Sager. Arbeiter G. H. J. Wegener und J. M. A. F. C. J. Holken. Arbeiter J. J. B. G. Bierregge und M. C. A. Urbanat. Arbeiter M. Rohbed und A. A. Immer.

Sternschwanz-Viehmarkt.
Hamburg, 16. Februar.
Der Schweinehandel verlief nur ruhig. Zuführt wurden 3100 Stück. Preis: Genschweine — M., Verbandschweine, schwere 46—47 M., leichte 46—47 M., Sauen 42—45 M. und Ferkel 43—46 M. pro 100 Pfund.

fuhr und dann bestürzt einen Blick in den Spiegel warf — er griff auch wieder nach seinem Helm hinunter und stülpte ihn sich aufs Neue auf den Kopf; er mochte fühlen, daß es den Eindruck der Rüstung abschwäche — „ich hätte gewünscht, daß unsere Unterredung vorher auf geeignete Weise abgedröhen wäre.“
„Ja wohl, wenn ich in das Loch da unten hineinsiel!“ sagte der Notar.
„Aber nennen Sie mir den Vergleich“, fuhr der Direktor unerschütterlich fort —
„Ein warmer Anwalt ist Graf Schrewsbury für meine Feindin und des Reichs. — Ich ziehe die Käte vor, die meine Wohlfahrt liebt.“
„Ich verstehe Sie nicht ganz, Herr Direktor“, sagte der Notar, „aber ich glaube, daß der Vorschlag, den ich Ihnen zu machen habe, auch Ihre Wohlfahrt einbegreift. Herr Hauptmann von Dürred könnte vielleicht durch einen Prozeß — und er hat viele Chancen für sich — den ganzen Kontrakt umstürzen; aber er ist, wie gesagt, ein Ehrenmann. Er will weder Ihnen Schaden noch ein Unrecht tun und bietet Ihnen deshalb, da das Fräulein, der Besetzung unknabig, den Kontrakt eingegangen ist, eine Abhandsumme von eintausend Talern, während die Konventionstrafe auf zweitausend festgesetzt ist. Was sagen Sie dazu?“
Der Direktor sann einige Minuten nach; dann bellarmierte er leise vor sich hin:
„Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein! Du, Geist der Erde, bist mir näher —
Baar ausgezahlt, meinen Sie?“
„Baar ausgezahlt an dem Tage, wo sie aus ihrem Kontrakte tritt.“
(Fortsetzung folgt.)